



Inhalt



AfD im Bundestag Seite 2



Verkehr Seite 4 + 5



Werkhof Ratiborstraße Seite 8



RAW Seite 8



Pflege Seite 11

Interview Hans-Christian Ströbele	2
Kitaplätze	3
Investition Bildung	3
Schulausbau	3
Straße für Lorde	6
Sexismus	6
Netzfeminismus	6
East Side Gallery	7
Tourismuskonzept	7
Rund ums Bezirksparlament	8
Dragoner Areal	8
Trinkwasserbrunnen	9
FriXfonds	9
Neuer GA	9
Zweckentfremdung	10
(Post-)Kolonialismus	10
Biologische Vielfalt	11
Marielle Franco	12
Sanctuary City	12
Service	12
Interview Canan Bayram	13
Kolumne	13
Impressum	13
Polizeibeschwerdestelle	14
Mietwucher	14



Demo gegen #Mietenwahnsinn am 14. April 2018

Foto: ck

Mieter *innen wehren sich

Bedingungslos sozial

Die Debatte um die Ausgestaltung des deutschen Sozialstaates ist im vollen Gange. Entscheidend dabei wird sein, dass wir den Menschen ausreichend Geld für ein würdevolles Leben geben, Stigmatisierung vermeiden, Sanktionen abschaffen und einen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtern.

Hartz IV zu überwinden ist mehr und mehr das Credo innerhalb der deutschen Linken. Und das ist auch richtig so. Der Hartz IV-Satz ist viel zu niedrig und die Sanktionen sind ein bürokratisches Monsterwerk, das einen sinnlosen und auf Neid aufbauenden Druck erzeugt. Auf keinen Fall hinnehmbar sind die Stigmatisierungen durch Hartz IV, sei es bei den Kindern in der Schule oder bei den Antragsteller*innen im JobCenter.

Jetzt in Würde leben

Wir dürfen uns nicht durch große Diskussion um die Benennung des Systems ablenken lassen, denn die Betroffenen wollen jetzt in Würde leben und nicht erst in zwanzig Jahren. Den ALG II-Satz deutlich zu erhöhen, die Sanktionen abzuschaffen und den Betroffenen somit ein würdevolles Leben zu ermöglichen ist schnell und ohne Systemdebatte möglich.

Denn egal ob man für das bedingungslose Grundeinkommen streitet oder sich der Sanktionsfrei-Kampagne verschrieben hat – beide eint das Weltbild, dass Menschen sich verwirklichen wollen. Dass kaum eine*r nur auf der faulen Haut liegen und nichts tun will. Und selbst wenn es ein paar solcher Fälle gibt, dann kann dies der Staat auch gut und gerne akzeptieren. Wir müssen soziale Leistungen und ein Leben in Würde von der Bereitschaft und dem Zwang zu Lohnarbeit entkoppeln. Denn die

geistige Befreiung ist auf der anderen Seite enorm. Das Wissen, auf jeden Fall ein auskömmliches Einkommen überwiesen zu bekommen, animiert viele dazu, etwas zu wagen, vielleicht eine Firma zu gründen oder im sozialen Bereich aktiv zu werden. Wenn sich einige entscheiden, vom Grundeinkommen – sei es nun bedingungslos oder eben nicht – zu leben und dafür nach ihren Interessen und Fähigkeiten in sozialen Bereichen der Gesellschaft etwas zurückzugeben, dann bringt uns das am Ende alle weiter. Sei es die Hilfe bei Hausarbeiten, das Kümmern um Geflüchtete oder das Engagement im Sportverein – vieles ist aus Lohnarbeitssicht in einer kapitalistischen Grundordnung vielleicht keinen Arbeitsplatz wert, aus einer sozialen gesellschaftlichen Sicht aber unabdingbar und enorm wertvoll.

Geld alleine ist nicht alles

Eine ausreichende Grundversorgung ist jedoch nur die Grundvoraussetzung. Selbst ein bedingungsloses Grundeinkommen entlässt den Staat nicht aus der Aufgabe, die Bürger*innen zu unterstützen, wenn sie beispielsweise wieder aus einer Situation der Langzeitarbeitslosigkeit herauskommen wollen.

Das Modell von Michael Müller, das sogenannte solidarische Grundeinkommen, ist aber gerade deshalb eine Mogelpackung, da es kein

Grundeinkommen verspricht, sondern im Gegenteil die Grundvoraussetzung einer klaren finanziellen Absicherung einfach außer Acht lässt und nur mit einem staatlich geschaffenen Arbeitsmarkt den Wiedereinstieg in die Lohnarbeit erleichtern will.

Es ist richtig, dass der Staat Hilfen anbietet. Aber er sollte aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Seien es die 1-Euro-Jobs oder die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – viel zu oft mussten wir lernen, dass staatlich geschaffene Arbeitsbereiche den Menschen nicht den Wiedereinstieg erleichterten, sondern eher den Zwang zur Arbeit verschärften und dabei noch bisherige echte Lohnarbeit zu oft besser bezahlten Löhnen verdrängte. Die Reinigung der Parks, Hausmeister*innen an den Schulen oder die Betreuung von Geflüchteten ist kein Nice-to-have, sondern etwas, was unser Staat dringend braucht. Diese Stellen müssen in regulären Anstellungsverträgen anständig bezahlt werden.

Einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen

Dies spricht nicht dagegen, einen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen. Aber einen, der in den ersten Arbeitsmarkt hinüber führt. Das heißt, der Staat soll und muss es fördern, wenn Unternehmen oder staatliche Träger Langzeitarbeitslose einstellen. Aber dies muss zum tariflichen Lohn geschehen und eben nicht zu Dum-

ping-Preisen. Darüber hinaus sollte gewährleistet sein, dass die Förderung schrittweise abschmilzt und die Angestellten so auch tatsächlich in den ersten Arbeitsmarkt gelangen.

Entscheidend ist auch, dass der soziale Arbeitsmarkt grundsätzlich für alle Tätigkeiten bei allen Arbeitgeber*innen offensteht. Das heißt, es darf kein künstlich geschaffener zweiter Arbeitsmarkt entstehen, in dem Berufe definiert werden, die angeblich jede*r kann. Diese gibt es so nämlich nicht. Jede*r hat andere Fähigkeiten.

Statt Menschen in einer Beschäftigungstherapie in der Dauerschleife zu parken und künstlich staatlich geschaffene Arbeiten verrichten zu lassen, die am Ende besser bezahlte Arbeit verdrängen, sollten gestaffelte Unterstützungen gezahlt werden, die einen Anreiz schaffen, Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, und die Zuverdienstmöglichkeiten sollten deutlich vereinfacht werden.

Wer Sanktionen abschafft, den ALG II-Satz deutlich erhöht, Zuverdienstmöglichkeiten verbessert und gestaffelte Unterstützung bei Langzeitarbeitslosen anbietet, hat innerhalb kürzester Zeit Hartz IV überwunden und Millionen von Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht. Das sollte der erste Schritt sein – danach können wir auch über andere Systeme entscheiden.

■ Werner Graf,
Landesvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Wir machen uns sehenden Auges mitschuldig

Ein Interview zu deutschen Waffenexporten mit Hans-Christian Ströbele

Stachel: Rüstungsgüter machen ca. ein Prozent deutscher Exporte aus. Die deutsche Waffenindustrie beschäftigt zwischen 0,2 und 0,3 Prozent der Erwerbstätigen. Können Waffenexporte mit gesamtwirtschaftlichen Überlegungen legitimiert werden? Warum erlaubt eine Bundesregierung, dass Waffen hergestellt bzw. exportiert werden?

Hans-Christian Ströbele: Waffenexporte sind für den gesamten Export der BRD nur ein ganz kleiner Faktor. Trotz eines allgemeinen Verzichts auf den Export von Kriegswaffen wären wir immer noch Exportweltmeister. Es kann nicht wahr sein, dass wir mit dem Tod solche Geschäfte machen.

Für manche Regionen oder Städte ist die Waffenproduktion bedeutsam. Wir als rot-grüne Koalition haben damals nach Protesten eine große Panzerlieferung in die Türkei gestoppt. Es wurden nur Probepanzer geliefert. Solche Entscheidungen spielen in Städten wie Kassel, im Ruhrgebiet oder in anderen Standorten mit einer Waffen-/Panzerfabrik in der Nähe eine ganz erhebliche Rolle. Der lokale Bundestagsabgeordnete gerät dann stark unter Druck. Vertreter der Firmen argumentieren: Wir haben einen Mangel an Aufträgen, da könnt ihr doch das Geschäft mit NATO-Partnern nicht verweigern. Und der Verband der Industrie sagt: Wenn ihr wirtschaftsfreundlich sein wollt, dann müsst ihr Waffenexporte genehmigen. Waffenexporte haben auch außenpolitische Gründe. Gerade bei den Lieferungen in die Türkei oder nach Saudi-Arabien wird die Bundesregierung es selber problematisch sehen. Sie machen es trotzdem, weil sie den Deal zu Geflüchteten mit Erdogan sichern wollen. Und Saudi-Arabien ist an vielen deutschen Firmen beteiligt. Da will sie einen Partner, bei dem es um sehr viel Geld geht, nicht vergraulen. Es ist ein Bündel von Gründen, warum Waffenexporte immer wieder genehmigt werden.

Die letzte Nachrüstungslieferung für Panzer an die Türkei sehe ich als besonders schlimm und problematisch an, weil ich den Verdacht hege, dass der deutsche Außenminister

wusste, dass diese Panzer im Krieg gegen Kurdinnen und Kurden in Syrien eingesetzt werden sollen. Das ist nicht nur völkerrechtlich, das ist auch vom Grundgesetz verboten. Im Artikel 26 des Grundgesetzes steht, die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, ist verfassungswidrig. Verlautbarungen der Bundesregierung sind in dem Punkt ja verdächtig zurückhaltend.

Gesetze wie das Kriegswaffenkontrollgesetz sollen die Herstellung und den Export deutscher Waffen reglementieren. Wie schätzt Du diese juristischen Auflagen ein, wo siehst du Lücken?

Es gibt kein klares Gesetz, keine klare gesetzliche Regelung, sondern es gibt einige, sogar unter rot-grün entwickelte Grundsätze. Die Bundesregierung sagt immer, an die werden sie sich halten. Aber sie tun es nicht und es ist eben kein Gesetz. Deshalb haben wir Grünen ein Gesetz gefordert, damit Fehlverhalten als Gesetzesverstoß geahndet werden könnte. Hier müsste zum Beispiel die Frage geregelt werden: Wie ist das eigentlich mit NATO-Partnern? Die Türkei beruft sich ja auf das gemeinsame NATO-Militärbündnis. Aber es darf nicht sein, dass es einen NATO-Partner gibt, dem unsere Werte scheinbar sind. Auf diesen Grundwerten wurde die NATO einst gegründet. Aber die gelten heute wohl nicht mehr, daher braucht es eine strengere gesetzliche Regelung, die auch die Lieferung an NATO-Partner verbietet.

Joint Venture Projekte wurden auch aufgrund solcher Gesetzeslücken umgesetzt, vor kurzem erst wieder in der Türkei. Wie könnte dagegen juristisch vorgegangen werden?

In der Tat wurden an Saudi-Arabien G36-Gewehre aus Deutschland geliefert. Da gab es immer wieder Ärger. Dann hat die Firma einfach ein Zweitwerk dort errichtet und die Gewehre vor Ort produziert. So kann das natürlich nicht laufen. Es muss, soweit es mit deutschen Gesetzen möglich ist, verboten werden, dass Kontrollbestimmungen umgangen werden.



Hans-Christian Ströbele auf der Anti-AfD-Demo am Mehringplatz

Foto: ck

Es laufen Diskussionen, Kennnummern, wie in den USA, für Waffen einzuführen, um Waffen zu tracken und ihren Umlauf besser zu kontrollieren. Siehst du darin eine Lösung für eine bessere Kontrolle von exportierten Waffen?

Das ist die Frage nach der „Endverbleibsklausel“. Zum Beispiel wurde mit Mexiko ein Vertrag geschlossen, wonach die Waffen nicht in bestimmte Staaten von Mexiko geliefert oder weiterverkauft werden durften. Solche Vereinbarungen gehören häufig zu den Verträgen. Aber wer kontrolliert das? Niemand. Die Bundesregierung antwortete auf unsere Anfragen, dass sie das gar nicht kontrollieren könne. Das muss sich ändern. Wir sagen: Die USA, die viel weniger Hemmungen haben, Waffen zu exportieren, bestehen auf einen Kontrollmechanismus. Das heißt, die USA haben die Möglichkeit, zu kontrollieren, wo die Waffen bleiben. So kann man auch fünf Jahre später fragen: Sind die Waffen noch am zugesagten Ort und werden sie nur für den genehmigten Zweck eingesetzt? Mit der Nummerierung von Waffen

könnten wir verfolgen, ist das eine Waffe deutscher Produktion und aus deutschem Verkauf? So kann man ein Gewehr oder einen Panzer einem bestimmten Geschäft zuordnen. Dann wären Vertragsstrafen und Ähnliches möglich. Das macht die Bundesregierung aber bisher nicht.

Wäre es dann eine Lösung, gar nicht mehr zu exportieren?

Die Grundforderung von uns lautet immer, Waffen gar nicht zu exportieren. Aber wir machen auch Vorschläge, um das Schlimmste zu verhindern. Etwa die Lieferung in Krisengebiete, um Krisen nicht noch anzuhetzen oder gar Waffen der einen und auch der anderen Seite, also beiden Seiten, zukommen zu lassen. Da wird es völlig absurd.

Wie können Debatten des Bundessicherheitsrats, die geheim abgehalten werden, transparenter gemacht werden?

Wir, die Grünen, haben da mal beim Bundesverfassungsgericht geklagt. Weil wir forderten, dass Geneh-

migungsverfahren für Waffenexporte müsse mindestens im Parlament bekannt sein. Nur dann kann sich das Parlament einmischen und sagen, das geht nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings eine Entscheidung getroffen, die diese Möglichkeit stark eingeschränkt. Und zwar mit Rücksicht auf die Geschäftsgeheimnisse, auf die auch solche Firmen einen Anspruch haben sollen. Aber es bleibt eine absurde Situation, dass Geld damit verdient wird, dass durch Waffenlieferungen an eine oder beide Konfliktseiten Krisen angeheizt werden. Dann machen wir uns sehendes Auge mitschuldig. Genau wie jetzt: Wenn wir Berichte bekommen aus Afrin in Nordsyrien, dass auch Zivilisten mit deutschen Waffen getötet werden, muss man sich mitschuldig fühlen. Wir haben die Waffen dahin geliefert.

Warum gibt es deiner Meinung nach keinen öffentlichkeitswirksamen Protest gegen deutsche Waffenexporte?

Das Thema hat immer mal wieder Konjunktur. Ich kenne einzelne Aktivisten wie Jürgen Grässlin (Aktion Aufschrei), die sich unentwegt gegen Waffenexporte stark machen. Als Massenthema, was Leute auf die Straßen treibt, dient das Thema Waffenexporte nur, wenn es besonders schlimm ist. Wenn zum Beispiel an die Türkei Unmengen von Waffen geliefert werden sollen und jeder weiß, dass sie dort auch gegen die Kurdinnen und Kurden im eigenen Land eingesetzt werden. Deswegen war auch der Deal, den Gabriel noch eingefädelt hat, ein besonders drastischer Fall. Gabriel hat die Nachlieferung für Leo-Panzer ja noch öffentlich vertreten.

Die Grünen waren in dem Punkt immer sehr klar, aktuell vor allem durch Agnieszka Brugger und Katja Keul. Wir sind viel kritisiert worden, wir hätten bei Kriegen mitgemacht. Aber beim Thema Waffenexporte haben wir immer wieder Farbe bekannt und die richtigen Forderungen gestellt.

Das Interview führte Laura Eckl

Im Bundestag mit der AfD

Nein, Kay Gottschalk will den Namen nicht aussprechen: Cansel Kiziltepe. Dabei steht doch ein Namensschild vor meiner SPD-Kollegin im Finanzausschuss. Ich bin irritiert. Das Internet verrät mir, dass dieser Kay Gottschalk von der AfD zum Boykott türkischer Geschäfte aufgerufen hat. Neuer Alltag im Bundestag.

Wie geht man damit um? Mit den frisch gewählten neuen Mitgliedern des Bundestages? Damit sehen sich die grüne Fraktion und ihre Mitarbeiter*innen täglich konfrontiert. Der eine hält aus Höflichkeit die Tür für einige Nachkömmlinge auf – Beatrix von Storch witscht durch und dankt lächelnd. Hätte er ihr die Tür direkt vor der Nase zuknallen sollen?

Rassist*innen im Bundestag

In der Bundestagskantine zögere ich mittlerweile, wenn Unbekannte fragen, ob sie sich mit an den Tisch setzen können. Klar, auch bisher war es nicht ratsam, Fraktionszwistigkeiten beim Essen in der Kantine zu erörtern, wenn andere Fraktionen am Tisch saßen. Aber es gab unausgesprochene Regeln, auf die man sich verlassen konnte. Die gelten jetzt nicht mehr. In der Basketball-Gruppe des Bundestages wird diskutiert, was man tun soll, wenn AfD-Mitarbeiter mitspielen wollen. Man entscheidet sich, einzeln nach Biografien zu entscheiden und sie auszuschließen, wenn es beispielsweise klare rassistische Äußerungen gibt.

Ein Ausschluss aus Parlament oder Ausschüssen ist für gewählte Abgeordnete in den Gremien des Bundestages nicht möglich. Aber wir können in unseren Reden klare Kante gegen AfDler zeigen, indem wir Rassist*innen auch als solche benennen. Mit seinem „Sie verachten dieses Land“ hat Cem Özdemir einen wunden Punkt bei der AfD getroffen. Denn in der Tat macht die AfD gerade Dinge verächtlich, auf die Deutschland zu Recht stolz sein kann – beispielsweise seine Erinnerungskultur, die Pressefreiheit oder die kulturelle Vielfalt.

Wir grünen MdBs versuchen außerdem in unseren Bundestagsreden zu zeigen, dass es bei der AfD nicht nur um Hetze gegen Geflüchtete geht. Die AfD hat im März einen Antrag zur sofortigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags gestellt. Eine sofortige, komplette Abschaffung des Soli würde zu 80% die Bestverdienenden im Land entlasten – denn von Geringverdienenden bis hin zu Familien mit Durchschnittsverdienst wird er gar nicht bezahlt. Das wäre ein Minus von 20 Steuermilliarden, die vor allem bei den Investitionen in die Infrastruktur und in den Sozialstaat fehlen würden. Und genau das will

die AfD: Sie will die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Sie will nicht, dass die reicheren Kommunen die schwächeren unterstützen, genauso wenig wie die reichen Staaten Europas die schwächeren. Sie will das Recht des Stärkeren.

Spaltung der Gesellschaft

Die AfD ist im finanzpolitischen Teil eine klar neoliberale Partei. „Der Markt hat immer Recht“ und „Das Geheimnis der Börsenerfolge“ – so lauten Titel von Büchern, die das AfD-Finanzausschuss-Mitglied Dr. Bruno Hollnagel geschrieben hat, ein gelernter Wirtschaftsingenieur. Bei den parlamentarischen Vertretern der AfD gibt es noch einen Widerhall der alten Wirtschaftsprofessoren-Lücke-AfD. Da ist „Politik für Besserverdienende“ Programm. Und insofern ist es nur logisch, dass die Schnittmenge mit der FDP im finanzpolitischen Bereich riesig ist. Die AfD hat 24 Stunden vor der FDP einen Antrag zur Abschaffung des Soli eingebracht. Umgekehrt hat die FDP im Finanzausschuss inzwischen keine Probleme, bei eu-

ropolitischen Themen dieselben Punkte zu kritisieren wie die AfD, und auch gemeinsam abzustimmen.

Wenn die AfD eine „Politik für Besserverdienende“ macht, dann folgt das nach einem weiterem perfiden Kalkül: Sie verschärft dadurch die soziale Spaltung im Land und treibt sich damit selbst die Wähler zu. In einer ganz aktuellen Studie „Rückkehr zu den politisch Vergessenen“ wurden ausführlich AfD-Wähler*innen befragt. Dabei war eine diffuse Angst vor Überfremdung nicht die wichtigste Angst. Sondern das Gefühl, dass sich keine*r mehr um einen kümmert. Dass nach Sparkasse und Dorfladen die Arztpraxis schließt. Dass die Polizei kaum mehr präsent ist und die Busse immer seltener fahren.

Die Ursachen bekämpfen

Investitionen in die soziale Infrastruktur sind entscheidend. Diese Bundesregierung muss sich daran machen, die echten sozialen Missstände zu beseitigen. Sonst wird die AfD noch weiter wachsen. Die Debatte über eine neue Grundsicherung

statt Hartz IV macht mir Mut. Mut, dass es uns Grünen gelingt, Debatten über die wirklichen Zukunftsthemen anzustoßen. Und damit der AfD das Wasser abzugraben.

In den Ballungsräumen macht sich das Gefühl des Abgehängtseins vor allem an der Erfahrung fest, dass es kaum noch Wohnraum gibt, die man sich leisten kann. Oder Orte, an denen man Gemeinschaftsgefühl erfährt. In Xhain zeigen sich die Probleme der Verdrängung berlinweit am härtesten; aber es zeigen sich auch die Schlüssel zur Lösung am besten. Wenn Bezirk und Land gemeinsam alle erdenklichen Instrumente gegen Gentrifizierung einsetzen, dann schöpft auch die Bevölkerung wieder Hoffnung in die Politik. Und engagiert sich: Gemeinsam erobern wir uns den Kiez zurück! Und wenn wir öffentliches Geld bereitstellen für neue Projekte, die helfen, sich weniger einsam, unzufrieden oder gar depressiv zu fühlen - oder die einfach Spaß machen, dann kann dieses neue Miteinander den Hass und die Spaltung überwinden.

Lisa Paus, Mitglied des Bundestages

Kitaplatzangebot in Xhain sichern und ausbauen

Jedes Kind hat in Berlin ab dem ersten Geburtstag das Recht auf einen Kitaplatz. Für viele Eltern, gerade auch Alleinerziehende, ist dieser von existenzieller Bedeutung. Umso ärgerlicher ist die derzeitige Situation, in der viele Eltern verzweifelt nach einem Platz suchen und auf Dutzenden Wartelisten stehen müssen.

Viele Jahre prognostizierte die zuständige Senatsverwaltung sinkende Zahlen für benötigte Kitaplätze – ein Irrtum sehenden Auges, wie rückblickend klar ist. Bereits seit 2007 kam das bezirkliche Jugendamt unter der Leitung von Monika Herrmann zu dem Ergebnis, dass die Kinderzahlen steigen werden und begann entgegen der damaligen Landespolitik mit dem Ausbau der Betreuungsplätze. In den letzten zehn Jahren wurden in Friedrichshain-Kreuzberg 5.000 zusätzliche Kitaplätze geschaffen. Aktuell betreiben 170 Kitaträger insgesamt 277 Kitas, hinzu kommen 99 weitere Tagespflegestellen. Derzeit werden so insgesamt 14.760 Kinder betreut. Im Vergleich zum Jahr 2007 hat die Zahl der im Bezirk lebenden Kinder im Betreuungsalter um 50 Prozent zugenommen. Für die nächsten Jahre sind aktuell weitere 1.430 Betreuungsplätze geplant. Doch trotz der jahrelangen Anstrengungen im Bezirk finden viele Familien keinen Kitaplatz. Womit hängt das zusammen?

Hoher Fachkräftemangel: Es gibt zu wenig Erzieher*innen

Auch die Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg sind vom Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung betroffen. Rund 470 eigentlich vorhandene Plätze können momentan nicht vergeben werden, weil das Personal fehlt. Diese Situation kann sich nur ändern, wenn Erzieher*innen endlich besser bezahlt und wertgeschätzt werden. Es ist eine drastische Schiefelage, wenn die Menschen, die sich um die frühkindliche Bildung kümmern und Kindern viel für ihren weiteren Weg mitgeben, derart schlecht bezahlt werden, und ein*



Kita in Kreuzberg

Foto: ck

Erzieher*in so eine hohe Anzahl von Kindern wie in Berlin betreuen muss. Dafür müssen auf Landesebene durch Senatorin Scheeres endlich die nötigen Anpassungen vorgenommen werden.

Xhain betreut rund 1.100 mehr Kinder aus anderen Bezirken

Der Kitagutschein ermöglicht Eltern die freie Wahl eines Kitaplatzes und zwar wohnortunabhängig. Wahlfreiheit – auch in Bezug auf Erziehungsstil, Ernährung und Sprachen in den Kitas – ist erst mal eine gute Sache. Aufgrund der innerstädtischen Lage ist der Bezirk besonders stark nachgefragt. Unterm Strich heißt das: Die

Kindertagesstätten im Bezirk betreuen rund 1.100 Kinder mehr aus anderen Bezirken als Friedrichshain-Kreuzberg Kinder außerhalb des Bezirks betreut werden. Natürlich wollen wir nicht von der Wahlfreiheit abrücken und es gibt oft gute Gründe, sein Kind nicht im eigenen Bezirk betreuen zu lassen – aber dennoch ist es auch zwingend nötig, dass die umliegenden Bezirke wie Neukölln ebenso intensiv ihr Platzangebot erweitern und Friedrichshain-Kreuzberg dadurch entlastet wird.

Es gibt keine freien Baugrundstücke für Modulbau-Kitas

Das Vorhaben, freie Flächen im jüngsten und am dichtesten besie-

delten Bezirk Berlins auszumachen, gleicht einer echten Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen. Das liegt unter anderem auch daran, dass die Bezirke in den 2000er Jahren aufgrund der damaligen rot-roten Privatisierungspolitik viele ihrer Grundstücke an das Land abgeben mussten, die dann häufig verkauft wurden. In der Folge verfügen die Bezirke kaum noch über eigene ungenutzte Flächen. Um die Modulbauvorhaben der Senatsverwaltung für Kitas zu unterstützen, setzte der Bezirk monatlang alle Hebel in Bewegung, um freie Baugrundstücke zu finden und benannte schließlich zwei, die nach reichlicher Prüfung dann allerdings als nicht geeignet eingestuft wurden, weil sie für ein

modulares Bauvorhaben zu klein waren. Friedrichshain-Kreuzberg braucht daher statt modularer Bauweise vom Reißbrett individuelle Lösungen, die auf die vorhandenen Flächen passen.

Die Mietpreisentwicklung bedroht die Kindertagesstätten

2016 sind aufgrund der dramatisch steigenden Mieten allein in unserem Bezirk 55 Kita-Plätze weggefallen, die der Bezirk kompensieren musste. Aktuell liegen Meldungen von fünf Trägern mit fast 100 Plätzen vor, deren Standorte als unsicher eingestuft werden. Und die Chancen freie Räumlichkeiten zu finden und diese dann auch finanzieren zu können – bei Gewerbemieten bis zu 17 Euro warm pro Quadratmeter – sind gering.

Für ein stabiles und bedarfsgerechteres Angebot an Tagesbetreuungsplätzen für Kinder in Friedrichshain-Kreuzberg und der ganzen Stadt wird zuallererst mehr und besser bezahltes Personal benötigt – hier muss die Bildungssenatorin liefern. Individuelle Lösungen beim Kitaplatz-Ausbau, höhere Mittelzuweisungen für die Finanzierung der Träger und ein stärkeres Engagement aller Bezirke sind weitere wichtige Punkte. Es muss schnell und konsequent gehandelt werden, damit der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auch praktisch wieder erfüllt werden kann.

■ Annika Gerold und Julian Schwarze, Bezirksverordnete, Fraktionssprecher*innen

Starke Grüne Handschrift

R2G investiert in gute Bildung

Nach intensiven Verhandlungen hat das Abgeordnetenhaus im Dezember 2017 den ersten rot-rot-grünen Doppelhaushalt für die Jahre 2018/2019 beschlossen. Damit ist der Grundstein für viele Verbesserungen gelegt, die Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzulösen. Als familien- und bildungspolitische Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion ziehe ich positive Bilanz.

In keinem Etat wurde so viel draufgepackt wie im Bildungsbereich. Wir haben ein Qualitätspaket für den Haushalt geschnürt: Das bedeutet knapp 60 Millionen für die Erleichterung und Verbesserung des Quereinstiegs für angehende Lehrkräfte. Zusätzlich senken wir künftig die Unterrichtsverpflichtung für Quereinsteigende und verbessern somit die Qualität des Unterrichts. Verstärkt achten wir auf die Brennpunktschulen und unterstützen diese effektiv mit Turn-Around-Maßnahmen und mehr Personal.

Wir Grünen haben uns in den Verhandlungen für alle Schüler*innen in Berlin stark gemacht: Wir haben regulär Teach-First in die Schulen geholt – mit der Idee, dass die „Fellows“ von Teach First gezielt an Schulen mit hohen Abbruchquoten intensiv gefährdete Kinder und Jugendliche begleiten, um die Abbruchquoten langfristig um 80% zu senken. Hinzu kommt die Stärkung der regionalen Schulaufsicht und des Sprachenzentrums, der Ausbau von proSchul und den Fachcoaches. Wir geben zusätzliche Mittel in den Aufbau eines flächendeckenden Angebotes für Supervision, Einzelfallberatung und Schulberatung für das pädagogische Personal sowie für Schulleitungen. Die großen Herausforderungen in der



Schule in Kreuzberg

Foto: ck

Bildungslandschaft Berlin werden wir angehen.

Doch nicht nur im Großen bewegt sich mit R2G nun einiges. An verschiedensten Stellen setzen wir wichtige Signale mit dem neuen Haushalt. Wir haben endlich eine Diskriminierungsbeauftragte mit einer dauerhaften Stelle und notwendigen Sachmitteln. So kann das Thema Diskriminierung und Ausgrenzung in den Schulen präsenter gemacht und präventiv agiert werden. Dazu gehört auch die Fachstelle Queere Bildung, die wir deutlich gestärkt haben. Wir Grüne begrüßen auch die Förderung von vielen kleineren Projekten in der bunten Berliner Bildungslandschaft. So sind Mittel für das Machmit!-Museum für Kinder, das Jugendforschungsschiff oder das Projekt „Grün macht Schule“ im Haushalt eingestellt.

Und die Koalition investiert auch in die Kleinsten, um die drängenden Probleme in der Kindertagesbetreuung zu verbessern. Wir haben mit dem Haushalt und den Änderungen im KitaFöG riesige Schritte zur Qualitätsentwicklung im Kita-Bereich gemacht. Seit diesem Jahr haben alle Kinder ab

dem 2. Lebensjahr einen gesetzlichen Anspruch auf sieben statt fünf Stunden in der Kita und der Leitungsschlüssel für Kitaleitungen wird ab 2019 auf weiter abgesenkt. Die drängenden Probleme gehen wir an: Neben dem Platzausbau bleibt der Fachkräftemangel das größte Problem – und um hier den Berufseinsteiger*innen den Weg in die Kita-Alltag zu erleichtern, haben wir die Anleitungsstunden deutlich erhöht.

Nicht zuletzt war uns Grünen besonders wichtig, die Ombudschaften sowie die Mittel für die Präventionsarbeit und Begleitung von Kindern mit sexuellen Missbrauchserfahrungen auszubauen, ebenso wie Beratungsleistungen für Alleinerziehende. Für die Fachstelle Care-Management stehen ebenfalls mehr Mittel zur Verfügung genau wie für die Familienzentren in der Stadt.

Die grünen Projekte, die wir in die Haushaltsberatungen einbringen konnten, zeigen deutlich, dass rot-rot-grün für eine andere Politik steht und die Familien und Bildungseinrichtungen stärkt. Und auch, dass Grün den Unterschied macht.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Neue Wege beim Schulausbau

Freiflächen für dringend benötigte Schulneu- und ausbauen sind knapp, Schulen sollen sich öffnen für andere öffentliche Nutzungen.

In Friedrichshain Kreuzberg kommt es in den nächsten Jahren auf Grund der wachsenden Stadt, des Wohnungsneubaus und der zunehmenden Geburtenrate zu einem drastischen Anstieg der Schüler*innenzahlen. Dabei ist die Situation im Ortsteil Friedrichshain besonders gravierend.

Neues Schulraumqualitätskonzept

Dort müssen in den nächsten Jahren vermehrt Schulen neu gebaut werden und Schulen saniert werden. Ein Problem sind die fehlenden Freiflächen für den Schulneubau und für Erweiterungsbauten, das sich auch auf andere Bereiche der sozialen Infrastruktur auswirkt. Deshalb will der Bezirk neue Wege bei der Gestaltung der Schulen gehen. Die Schulen sollen sich zukünftig in den Kiez öffnen und andere soziale Einrichtungen wie z.B. Bibliotheken oder Musikschulen und Kitas beherbergen. Die Schulen müssen sich zukünftig in den Sozialraum öffnen und mit sozialen Trägern, Sportvereinen usw. eine Kooperation bilden. Der Bezirk ist dabei gefragt, sich rechtzeitig Gedanken über die zukünftigen Nutzungen und Planungsprozesse beim Schulneubau zu machen und neue Wege zu gehen. Dabei sind die Eltern miteinzubeziehen.

Im Ortsteil Kreuzberg ist die Entwicklung noch nicht so gravierend, dennoch müssen auch dort zahlreiche

Schulen saniert und erweitert werden. Die Berliner Schulbauoffensive, soll die Bezirke bei der Sanierung und dem Neubau von Schulen entlasten. Der Senat soll zukünftig alle Neubauprojekte und Sanierungsprojekte von Schulen übernehmen und die Bezirke sind weiterhin für die kleineren und mittleren Sanierungen sowie den baulichen Unterhalt verantwortlich. Das bedeutet für den Bezirk, dass alle Sanierungsfälle über 10 Millionen Euro an den Senat abgegeben wurden. Das betrifft insgesamt 12 Schulen, für die der Bezirk an den Senat ein Amtshilfeersuchen gestellt hat. Im Zuge der Schulbauoffensive wurde ein neues Schulraumqualitätskonzept erarbeitet. Dieses sieht vor, dass die Schulen zukünftig nicht mehr nach der alten Flur-Schule gebaut werden soll, sondern nach dem Modell der Berliner Team- und Lernhäuser. Nach diesem Prinzip soll den Schüler*innen und dem pädagogischen Personal mehr Raum zur Verfügung stehen. Allerdings wird dieses Konzept derzeit vom Senat wieder überarbeitet und deshalb ist noch nicht abzusehen, was vom Schulraumqualitätskonzept übrig bleibt.

Die Schule muss in Zukunft mehr als nur ein Ort des Lernens sein. Sie muss ein Ort des Lebens sein. Die Gebäude müssen zukünftig auf die Bedürfnisse der Schüler*innen und auf unterschiedliche pädagogische Konzepte ausgerichtet sein.

■ Jutta Schmidt Stanojevic, Bezirksverordnete

Xhain legt berlinweit ersten Radverkehrsplan vor

Der Radverkehr in Berlin, vor allem auch in unserem Bezirk, hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Daher hat das Bezirksamt auf Initiative der Grünen BVV-Fraktion einen Radverkehrsplan entwickelt. 49 Projekte zur Förderung des Radverkehrs und der Infrastruktur im Bezirk sollen in den nächsten Monaten und Jahren Realität werden.

Mit diesem umfangreichen Radplanist Friedrichshain-Kreuzberg unter den Berliner Bezirken Vorreiter zur Förderung des Radverkehrs. Es gibt zum ersten Mal eine transparente Gesamtübersicht über die geplanten Radverkehrsprojekte für mehrere Jahre. Jetzt kommt es darauf an, die Projekte umzusetzen. Der Bezirk erhält vom Land nicht nur die finanziellen Mittel, sondern konnte auch die dafür zur Verfügung stehenden Personalstellen vollständig besetzen.

Der Radplan listet aufwändige Projekte, wie beispielsweise den radfreundlichen Umbau von Petersburger und Oranienstraße, geschützte Radstreifen auf dem Kottbusser Damm und der Mühlenstraße entlang der East Side Gallery auf, enthält aber auch viele kleinere Maßnahmen zur Radverkehrsförderung. Die konkreten Planungen haben teilweise bereits begonnen, andere Maßnahmen werden in den nächsten Monaten und Jahren folgen. Bereits dieses Jahr sollen geschützte Radstreifen auf der Hasenheide und der Frankfurter Allee angelegt und endlich der Radweg an der Stralauer Allee saniert werden.



Fahrradsternfahrt 2017

Foto: ck

Mehr Sicherheit, bessere Luft

Mit dem bezirklichen Plan soll der Radverkehr attraktiver und sicherer werden. In dem die Flächen, die bislang nur Autos nutzen, umgestaltet werden, leistet der Bezirk zudem einen Beitrag zum Klimaschutz und sorgt für sauberere Luft.

Damit schafft Xhain auch mehr Gerechtigkeit im Straßenverkehr. Schließlich besitzen 80 Prozent der Bewohner*innen unseres Bezirks kein Auto. Mit dem Rad werden mittlerweile fast doppelt so viele Wege wie mit dem Auto zurückgelegt. Trotzdem ist gerade unser Bezirk überdurchschnittlich mit giftigen Luftschad-

stoffen belastet. Gute Radinfrastruktur legt den Grundstein dafür, dass noch mehr Leute aufs Rad umsteigen und sicher, umweltfreundlich und bequem unterwegs sind.

Die Radverkehrswege sollen vor allem auf Hauptstraßen sicherer werden. Kopfsteinpflaster soll durch glatten Asphalt ersetzt werden. Zu-

dem richtet der Bezirk deutlich mehr Fahrradparkplätze in Form von sogenannten Kreuzberger Bügeln auf bislang von Autos genutzten Stellflächen ein.

Unabhängig davon müssen jedoch die vorhandenen Radwege, die oft in einem sehr schlechten Zustand sind, verbreitert, begradigt

und mit glattem Asphalt versehen werden.

Der Ausbau der Bike-Sharing-Angebote wird mit dem Radverkehrsplan unterstützt. Es soll jedoch darauf geachtet werden, dass die Ausleihstationen nicht den Gehwegen weiter einschränken, sondern bevorzugt am Straßenrand ausgewiesen werden – wie es auch ein kürzlich von der BVV beschlossener Antrag der Grünen-Fraktion fordert.

Teilen und Beteiligung

Die Kommunikation zwischen den Radverbänden und dem Bezirksamt soll weiter verbessert werden. Über den bezirklichen FahrRat werden die Initiativen über den aktuellen Stand der einzelnen Projekte informiert, Probleme besprochen und Ideen diskutiert.

Der bezirkliche Radverkehrsplan unterstützt auch die Umsetzung des Berliner Mobilitätsgesetzes, das voraussichtlich in wenigen Wochen vom Abgeordnetenhaus beschlossen wird. Finanziert werden die Maßnahmen aus den Mitteln, die das Land Berlin zur Verbesserung der Radinfrastruktur zur Verfügung stellt.

Die Gesamtübersicht der 49 beschlossenen Projekte findet sich auf unserer Website: <https://gruene-xhain.de/mit-dem-radverkehrsplan-zum-fahrradfreundlichen-bezirk>.

■ David Hartmann,
Bezirksverordneter

Fußverkehrsplan für Friedrichshain-Kreuzberg

Jede*r von uns geht täglich zu Fuß. Fußgänger*innen sind die größte Gruppe aller Verkehrsteilnehmer*innen – und dennoch die am wenigsten beachtete. Wenn wir die inklusive Verkehrswende wollen, müssen wir an alle Menschen mit ihren spezifischen Bedürfnissen an Mobilität denken.

Wie kann der Fußverkehr im Bezirk für alle Menschen – auch für die Rollstuhlfahrerin, den Vater mit Kinderwagen oder die Rollatorfaherin – bequemer, barrierefreier und sicherer werden? Wir sind davon überzeugt, dass nur ein ganzheitliches Konzept, das alle Verkehrsteilnehmer*innen miteinbezieht und berücksichtigt, Autos in unserem Bezirk langfristig überflüssig macht. Daher hat sich die grüne BVV-Fraktion die Erarbeitung eines Fußverkehrsplans zum Ziel gesetzt.

Verkehrswende für und mit Fußgänger*innen

Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung eines bezirklichen Fußverkehrskonzepts sind mit dem rot-grünen Senat inzwischen deutlich günstiger als noch vor einigen Jahren: Das Berliner Mobilitätsgesetz wird voraussichtlich Mitte 2018 im Abgeordnetenhaus beschlossen. Hierin finden sich, neben dem allgemeinen Teil, klare Regeln für die Bereiche Öffentlicher Nahverkehr und Radverkehr. Zeitgleich beginnt jetzt ein einjähriger Prozess, um das Mobilitätsgesetz um den Abschnitt Fußverkehr (analog zum Radverkehrsteil) zu erweitern. Dafür werden gemeinsam mit den Fußverkehrs-, Senioren- und Behindertenverbänden Vorschläge erarbeitet, die mit der Verabschiedung des Entwurfs im Frühjahr nächsten Jahres Gesetzeskraft bekommen sollen.

Dazu wollen wir die vorhandenen Programme und Gelder des Senats für Barrierefreiheit und die Sanierung von Gehwegen verstärkt nutzen. Das Land stellt jedem Bezirk für Bordsteinabsenkungen 120.000 Euro und für Gehwegsanierungen 500.000 Euro im Jahr zur Verfügung. Auch Bushaltestellen wollen wir barrierefrei umbauen: Bis zum Jahr 2022 müssen diese – gesetzlich vorgeschrieben – komplett barrierefrei werden. Das Geld, das es dafür gibt, muss der Bezirk beim Land abrufen und verbauen. Zudem wollen wir den öffentlichen Raum in Friedrichshain-Kreuzberg gerechter nutzen. Gemeinsam mit den Anwohner*innen können wir lebenswerte Straßen und Plätze schaffen, auf denen vorrangig Platz für Menschen statt parkende Autos ist.

Wenn Sie konkrete Ideen oder Vorschläge haben, wo bspw. abgesenkte Bordsteine noch fehlen und/oder zugeparkt werden oder ein Gehweg saniert werden sollte, können, freuen wir uns jederzeit über Ihre Ideen. Gleiches gilt natürlich, wenn Ihnen ein zu schmaler Gehweg, zu kurze Ampelschaltungen oder nicht barrierefreie Querungen auffallen. Oder wünschen Sie sich zum Beispiel irgendwo im Bezirk weitere Sitzgelegenheiten zum Pausieren? Dann schreiben Sie uns gern unter: fussverkehr@gruene-xhain.de.

Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge!

■ Deniz Yildirim und David Hartmann,
Bezirksverordneter

Neue (Verkehrs-)Wege

Das bundesweit erste und einzige Mobilitätsgesetz entwirrt das Berliner Verkehrschaos. R2G geht mit gutem Beispiel voran und liefert Konzepte für Rad- und Fußverkehr, Wirtschaftsverkehr sowie den Ausbau des ÖPNV. Wir denken erstmals alle Verkehrsarten zusammen - ein Meilenstein für Mobilität und Umweltschutz.

Jeder Mensch nutzt mehrere Verkehrsarten und möchte sicher, schnell und bequem von A nach B kommen - egal ob mit Auto, Bus und Bahn, zu Fuß oder mit dem Rad. Das und nicht weniger ist Anspruch und Ziel des Gesetzes.

Dafür muss der Verkehrsraum gerechter verteilt werden. Momentan sind zwei Drittel des Straßenraumes für Autos vorgesehen. Das ist nicht nur mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz fatal, sondern wird auch der Lebensrealität vieler Menschen nicht mehr gerecht. Viele sind längst umgestiegen; wollen oder können sich ein Auto gar nicht leisten. Wir machen deshalb Schluss mit der ausschließlich auf Autos ausgelegten Verkehrsführung.

Radverkehr und ÖPNV fördern

Wir geben dem Radverkehr den Stellenwert, den er verdient. Bis 2020 sollen 60 neue Radwege entstehen. Diese müssen dann natürlich auch befahrbar sein, statt von Autos blockiert zu werden. Dafür reichen oft schon ein paar Poller und etwas Farbe. Auch mit den geplanten 100.000 neuen Fahrradparkplätzen stärken wir den Radverkehr.

Außerdem bauen wir den ÖPNV aus und sorgen für mehr Barrierefreiheit. Mit dem Ziel eines flächendeckend barrierefreien ÖPNV bis 2022 stellen wir die Weichen für eine gerechtere, inklusive Verkehrspolitik.

Barrieren müssen wir auch im Fußverkehr abbauen. Obwohl wir alle zu Fuß gehen und dabei sogar die Schwächsten im Straßenverkehr sind, wurde der Fußverkehr zu lange vernachlässigt. Wir ändern das und sanie-



Radfahrer*innen sollen mehr Raum bekommen

Foto: ck

ren Gehwege, sorgen für mehr Ampeln und Zebrastreifen und denken dabei auch immer an die mit Kinderwagen und im Rollstuhl.

Sicher unterwegs – zu Fuß und mit dem Fahrrad

Vor allem aber soll das Mobilitätsgesetz die Sicherheit auf Berlins Straßen erhöhen. Deshalb sichern wir die gefährlichsten Kreuzungen, bauen geschützte Radwege, führen Geschwindigkeitsbegrenzungen und viele neue Blitzer ein.

Und wir denken auch an den Wirtschaftsverkehr. Ein integriertes Konzept soll dafür sorgen, dass Waren und Dienstleistungen schneller und effizienter verteilt werden können. Dabei helfen natürlich auch die anderen Maßnahmen. Denn wenn Rad und ÖPNV attraktiver werden, satteln mehr Menschen um. So kommen die, die wirklich auf Autos angewiesen sind, schneller voran.

Das Mobilitätsgesetz ist nicht nur bundesweit das erste seiner Art, sondern wurde auch in einem einzigartigen Beteiligungsverfahren erarbeitet. Die Grüne Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hat sich mit Initiativen und Gruppen wie dem Volksentscheid Fahrrad, dem ADFC und dem BUND zusammengesetzt und das Gesetz gemeinsam mit ihnen und den Koalitionsfraktionen erarbeitet. Der „Dialog Radgesetz“ zeigt, dass Politik nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden muss und zivilgesellschaftliches Engagement konkret in Gesetze einfließen kann.

Zum Gesetzentwurf gab es bereits eine Debatte im Plenum, jetzt folgt die Beratung in den Fachausschüssen, bald wird das Gesetz endgültig beschlossen. Die Verkehrswende kommt! Dank viel grünem Einsatz. Wir machen den Unterschied - für mehr Gerechtigkeit, Sicherheit und Umweltschutz in der Stadt.

■ Pascal Striebel,
Bezirksverordneter

Das Rad ist keine Klassenkampffrage

Immer noch werden Bemühungen um den Ausbau der Infrastruktur für Radfahrer*innen als ideologisch geprägte Verkehrspolitik verunglimpft oder gar künstlich zu einer Frage des Klassenkampfes stilisiert. Die Bezirksbürgermeisterin erwidert.

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg fahren sehr viele Menschen Rad. Die Gründe sind vielfältig. Ich zum Beispiel fahre Rad, weil dies das schnellste Verkehrsmittel zwischen Kreuzberg und Friedrichshain ist. Andere wollen sich fit halten, andere haben kein Geld für ein Auto, andere wollen was für die Umwelt tun, für einige gehört das Rad zum Lifestyle und manche haben schlicht keinen Führerschein. Radfahren ist in Berlin zurzeit jedoch keine ungefährliche Sache. Die Straßen sind primär zum Autofahren ausgerichtet. Die Radwege sind schmal, im schlechten Zustand oder gar nicht vorhanden. Auch Parkmöglichkeiten für Räder gibt es nicht ausreichend. Unfälle zwischen Radfahrenden und Autofahrenden enden zu oft tödlich für die Radfahrenden. Gerne würden noch viel mehr Menschen bei uns Rad fahren. Ob Ältere oder Eltern mit Kindern oder egal wie alt, sie trauen sich ob der Gefährlichkeit auf unseren Straßen eher nicht auf's Rad.

Einstieg in den Ausstieg

Die Grünen haben es sich im Senat und auch in den Bezirken für diese Wahlperiode vorgenommen, dies zu ändern. Wir wollen den Einstieg in den Ausstieg von „Autos First“ auf den Weg bringen. Dabei geht es nicht um



Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann

Foto: ck

eine einseitige Prioritätsverschiebung vom Auto zum Rad. Daher sprechen wir von einer Mobilitätswende, die alle Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt. Also ebenso den ÖPNV und die Fußgänger*innen. Die Straßen und Bürgersteige müssen neu aufgeteilt werden. Die Übernutzung des öffentlichen Raums durch das Auto gilt es zu Gunsten der anderen Ver-

kehrsteilnehmenden zu verändern. Gleichzeitig muss es Alternativen geben, die es ermöglichen, auf das Auto zu verzichten. In der Innenstadt, wie in Friedrichshain-Kreuzberg ist das natürlich einfacher, weil das Alternativangebot schon sehr hoch ist.

Doch es reicht eben nicht, nur auf das Auto zu verzichten. Die Infrastruktur im Bezirk ist noch nicht

auf den Wechsel eingestellt. Wir werden mehr Stellplätze für Fahrräder einrichten und Autoparkplätze reduzieren. Wir werden deutlich mehr Parkraumbewirtschaftung einführen. Wir werden viele Radwege und Straßen radgerecht sanieren müssen und neue Wege anlegen. So sollen auch die Radfahrenden, die auf Gehwegen fahren, weil die Straße nicht gut befahrbar ist, auf den erlaubten Radweg geführt werden. Viele Menschen beschwerten sich nämlich über das respektlose Fahren gegenüber Fußgänger*innen.

Es reicht eben nicht

Wir müssen auch die Leihräderflut bändigen. Die Räder werden bewusst quer über die Bürgersteige gestellt und ebenso bewusst an den wenigen Radbügeln abgestellt. Hier muss die Gesetzgebung schnellstmöglich tätig werden. Die Radwege aber auch Bürgersteige sind sehr häufig illegal zugedockt. Auch Park- und Halteverbote scheinen immer weniger als das, was sie sind – nämlich Verbote – wahrgenommen zu werden. Das Ordnungsamt muss endlich ein Konzept erarbeiten, um gegen das Falschparken von Autos mit der notwendigen Konsequenz vorgehen zu können. Wir warten jetzt seit rund 2 Jahren auf

die Radstaffel des Ordnungsamtes. Das Personal wurde bereits in der letzten Wahlperiode um 3 Stellen für diese Aufgabe aufgestockt.

Fahrzeug der Emanzipation

Radfahren ist in Friedrichshain-Kreuzberg für die meisten von uns ein günstiges, schnelles und zeitsparendes Fortbewegungsmittel. Und zwar unabhängig davon, wieviel Geld monatlich zur Verfügung steht. Gerade wer kein Geld für ein Auto oder auch kein Geld für die BVG hat, hat mit dem Rad eine gute Alternative. Deswegen ist die Debatte von einigen Politiker*innen der SPD und der Linken komplett am Thema vorbei. Es geht eben genau nicht darum, den Hipstern, Reichen und Studierenden exklusiv die Straßen schön zu machen und dem arbeitenden Volk das Auto zu verbieten. Es geht darum, dass alle, die wollen und können, sicher mit dem Rad durch die Stadt von A nach B kommen. Radfahren ist keine Klassenkampffrage. Ganz im Gegenteil, das Rad war auch immer ein Fahrzeug der Emanzipation und der Unabhängigkeit. Und es muss in Berlin endlich ungefährlich möglich sein können.

■ **Monika Herrmann,**
Bezirksbürgermeisterin

Die Parklets sind da

Die Bergmannstraße soll als Begegnungszone zu einem Pilotprojekt werden für eine sichere, attraktive und gerechte Aufteilung des Straßenraumes für alle Nutzer*innen. Ein erster Vorgeschmack zum Ausprobieren.

Am 15.3.2018 um 15 Uhr war es so weit: Gemeinsam mit Verkehrsministerin Regine Günther durfte ich in der Bergmannstraße die ersten „Parklets“ in Berlin vorstellen. Die beiden imposanten Holzkonstruktionen stehen dort allerdings zunächst nur probeweise. Ursprünglich für die Schönhauser Allee konzipiert, – was auch ihre etwas sperrige Form erklärt – soll das Feedback zu diesen Probe-Parklets helfen, das Design für weitere Parklets zu verbessern, die dann zu unterschiedlichen Nutzungen einladen sollen und deren Aufstellung für Ende 2018 geplant ist. Doch nicht durch sie soll sich etwas ändern in der Bergmannstraße. Neben der Erweiterung des Bürgersteiges und des Parkraums für Fahrräder soll auch die Fahrbahn selbst neu gestaltet werden. Dabei wird ein Muster auf die Straße geklebt, das natürliche Fußgängerüberwege sichtbar macht und so den Autoverkehr weiter verlangsamt. In der Begegnungszone gibt es also zweierlei Begegnungen. Die Parklets laden zum Verweilen ein. Dort kann palavert oder einfach nur ausgeruht werden. Auf der Straße werden sich durch die besonders markierten Bereiche die Verkehrsteilnehmer*innen auf Augenhöhe begegnen. Die klassische Logik, dass der Stärkere, also das Auto, sich durchsetzt, wird durchbrochen.

Projektgeschichte und Perspektiven

Das Projekt Begegnungszone Bergmannstraße geht auf die Initiative des Bezirks aus dem 2014 zurück, sich um ein Pilotprojekt im Rahmen der Fußverkehrsstrategie des Senats zu bewerben. Etwa ein Jahr später ging es dann los mit der Planung. Die Idee der Parklets ist eine Antwort auf die Problematik der ständig überfüllten Bürgersteige in der Bergmannstraße, die aus den vielfältigen Nutzungsformen resultiert. Zugleich ist die Situation auf der Straße nicht optimal. Insbesondere wildes Parken in zweiter Reihe sorgt für unübersichtliche



Baustadtrat Florian Schmidt und Verkehrsministerin Regine Günther

Foto: Julian Schwarze

und gefährliche Situationen. Der dialogische Planungsprozess dauerte 2 Jahre. Insbesondere die Gewerbetreibenden hatten sich kritisch geäußert. Ihre Anregungen wurden nach Möglichkeit in das Konzept integriert. Aktuell ist ein Planungsbüro damit beauftragt, das finale Design zu entwerfen. Gemeinsam mit dem Bezirksamt wird es auch in diesem Schritt kleine Feedbackrunden mit Ortsansässigen geben. Zwei Aspekte machen das Projekt auch zu einem Pilotprojekt für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Nachbarschaften und Initiativen. Zum einen ist das ganze Konzept reversibel. Im Unterschied zur Maaßenstraße in Schöneberg wird nichts betoniert, alle Maßnahmen können problemlos zurückgenommen werden. So auch die Parklets, die zunächst ein Jahr lang getestet werden sollen.

Mögliches Vorbild

Zum anderen wird die Bergmannstraße sicher für viele Aktive aus an-

deren Nachbarschaften von Interesse sein. Schon jetzt erreichen uns Anfragen aus anderen Kiezen, wie und ob man so ein Parklet auch bei ihnen aufstellen kann. Die Debatte, wie wir die Straße als Lebensraum zurückgewinnen können, wird also durch die Begegnungszone in der Bergmannstraße befeuert. Vielleicht werden sogar einige Parklets in andere Kieze verlagert werden. Der Prozess ist eine Chance für die Verkehrswende von unten: Neuerdings fordern viele Kiezinitiativen mehr Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit im Straßenraum. Die Bergmannstraße könnte also Begegnungsort für Kiezinitiativen aus dem ganzen Bezirk und Berlin werden. Meine Sprechstunde werde ich auf jeden Fall bei schönem Wetter auf ein Parklet verlagern. Kommen Sie vorbei?

Mehr Informationen unter: www.begegnungszonen.berlin.de und www.netzwerk-sharedspace.de

■ **Florian Schmidt,**
Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Management

Vision Zero

Wenn im Sommer diesen Jahres das erste Mobilitätsgesetz Berlins und auch Deutschlands verabschiedet wird, geht es nicht nur um mehr Radwege oder Fahrradabstellanlagen, sondern auch um die Vision Zero: Das Ziel, keine Verkehrstoten mehr in Berlin zu beklagen.

Die Erhöhung der Verkehrssicherheit ist wesentlicher Bestandteil des Gesetzesentwurfs, der derzeit in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses beraten wird. Mit konkreten Maßnahmen, wie der Einführung von Abbiegeassistenten für LKWs, den Umbau von Kreuzungen oder Aufklärungskampagnen, will Rot-Rot-Grün diese Vision in Berlin Wirklichkeit werden lassen.

2017 gab es in Berlin 7111 Verkehrsunfälle, an denen Radfahrende beteiligt waren. Etwa die Hälfte davon fiel in die Kategorie „Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das einbiegt oder kreuzt“. Gerade diese Unfälle enden für Radfahrende meist mit besonders schweren Verletzungen oder gar tödlich, insbesondere wenn LKWs beteiligt sind. Aus diesem Grund hat die Regierungskoalition den Senataufgefordert, eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, die die Sicherheit für den Fuß- und Radverkehr deutlich erhöht. Konkret wollen wir die verbindliche Einführung des Abbiegeassistenten bei allen in Deutschland neu zugelassenen LKWs. Zudem wollen wir prüfen lassen, wie mit entsprechenden sicherheitswirksamen, technischen Einrichtungen auch die Bestands-LKWs schnellstmöglich nachgerüstet werden können.

Bauliche Maßnahmen ...

Das Land Berlin muss aber auch eine Vorbildfunktion einnehmen, denn es selbst verfügt über einen großen Fuhrpark an eigenen LKWs. Bei der Neubeschaffung von landeseigenen LKWs sollen diese in Zukunft mit Abbiegeassistenten ausgestattet werden.

Doch allein auf die Technik wollen wir uns nicht verlassen. Deshalb werden wir kontinuierlich mit baulichen Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit sorgen. Gerade im Kreuzungsbereich gibt es eine erhöhte Unfallgefahr für Radfahrende als auch für Fußgänger*innen durch abbiegende Fahrzeuge – genau dort müssen wir verstärkt und schneller handeln. An der Kolonnenstraße ist dies nach dem tödlichen Unfall zu Beginn des Jahres bereits geschehen. Vor wenigen Wochen hat unsere Verkehrsministerin Regine Günther eine Liste mit zehn gefährlichen Kreuzungen präsentiert, die in diesem Jahr noch entschärft werden sollen. Damit soll die Verkehrssicherheit im Besonderen für die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen deutlich erhöht werden.

... für die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen

Neben abbiegenden Fahrzeugen ist das sogenannte „dooring“, also ein Unfall, der durch eine plötzlich geöffnete Autotür herbeigeführt wird, für Radfahrende sehr gefährlich. Die zuständige Verkehrsministerin hat dazu die Aufklärungskampagne „Mehr Rücksicht mit Rückblick!“ ins Leben gerufen. Dort wird vor allem der holländische Griff proklamiert. Dies bezeichnet eine Methode, mit der man beim Aussteigen die Autotür mit der rechten Hand öffnet. Dadurch wird der Oberkörper gedreht und der Blick geht automatisch nach hinten. Der in Holland bereits in der Fahrschule vermittelte Griff soll auch in Berlin Schule machen.

■ **Stefan Taschner,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Eine Straße für Audre Lorde

Nach Audre Lorde, einer bedeutende feministische Vordenkerin, soll auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen eine Straße in Friedrichshain-Kreuzberg benannt werden. Die gebürtige US-Amerikanerin verbrachte einen Teil ihres Lebens in Kreuzberg und engagierte sich hier auch politisch.

Als 2010 das Gröbenufer in May-Ayim-Ufer umbenannt wurde, war das ein großer Schritt. Nicht nur, weil statt eines Kolonialpioniers nun eine Aktivistin der afrodeutschen Bewegung geehrt wurde, die sich in ihrem wissenschaftlichen, literarischen und politischen Wirken mit Kolonialismus und seinen Folgen, insbesondere mit Rassismus, auseinandergesetzt hatte. Sondern auch, weil statt eines weißen Mannes nun eine Schwarze Frau im öffentlichen Straßenland sichtbar wurde. Ein Blick auf die gesamte Straßenslandschaft in Xhain zeigt jedoch, dass dies eine Ausnahmeerscheinung ist.

Frauen immer noch unterrepräsentiert

Frauen sind als Namensgeber*innen immer noch die Ausnahme. Es sind ca. 34 % der Straßen nach Männern und ca. 4 % nach Frauen benannt. Schwarze Menschen und People of Color treten quasi gar nicht in Erscheinung. Noch immer wird der

öffentliche Raum geprägt von weißen, männlichen und heteronormativen Namen und Bildern. Insbesondere in dieser Legislaturperiode haben wir uns deshalb vorgenommen, proaktiv (Um-)Benennungen von Straßen zu fordern. So forderten wir Straßen nach Anne Klein, Freia Eisner, Maria von Maltzan zu benennen. Eine weitere Idee ist nun die, eine Straße in Kreuzberg nach der Dichterin und Aktivistin Audre Lorde zu benennen.

Kriegerin und Poetin

Wer war Audre Lorde? Die US-Amerikanerin, die einen Teil ihres Lebens in Berlin und auch in Kreuzberg verbrachte, bezeichnet sich selbst als „Schwarze, Lesbe, Mutter, Kriegerin und Poetin“. Lorde hatte einen zentralen Einfluss auf die Entstehung der jüngeren Schwarzen Bewegung. Sie ermutigte Schwarze Deutsche zu schreiben, ihre Stimmen zu erheben und somit sichtbar zu werden. So entstand u.a. die Publikation „Farbe



Audre Lorde Foto: flickr/ThomasHawk

bekennen-Afrodeutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“.

Auch mit der feministischen Bewegung in Deutschland setzte sich Lorde auseinander. Sie hatte einen nachhaltigen Einfluss auf Konzepte von „critical whiteness“ (kritisches Weißsein) und Intersektionalität (Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen in einer Person)

und forderte insbesondere weiße Frauen immer wieder auf, sich mit ihrem Weißsein kritisch auseinanderzusetzen. Audre Lorde vertrat die Position, dass alle Unterdrückungsformen miteinander verbunden sind. So machte sie auch ihr Lesbischsein immer wieder zum Thema. Sie kämpfte gegen Homophobie, gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und gegen Sexismus zugleich. Sie machte die Unterschiede zwischen weißen, schwarzen, armen und lesbischen Frauen, Frauen aus der Mittelschicht und Frauen in prekärer Beschäftigung deutlich und warb für den gemeinsamen Kampf und gegenseitiges Verständnis. Eines ihrer bekanntesten Zitate lautet: „Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich.“

Die Benennung einer Straße nach Audre Lorde, einer lesbischen, Schwarzen Frau, wäre ein kleiner, jedoch wichtiger, Schritt hin zu mehr Repräsentanz von LSBTTIQ*, Schwarzer Menschen und People of Color im öf-

fentlichen Raum. Der Prozess der Umbenennung soll auch der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Themen, die Audre Lorde vorangetrieben, den Positionen, die sie vertreten und den Werken, die sie verfasst und veröffentlicht hat, dienen.

Diversity im öffentlichen Raum

Die Straßenbenennung wird unterstützt von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), von Katharina Oguntoye, Mitautorin des Buches „Farbe bekennen - Afrodeutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“ und von Dagmar Schultz, Mitherausgeberin des Buches „Farbe bekennen“, Regisseurin des Dokumentarfilms „Audre Lorde - The Berlin Years 1984 to 1992“, Initiatorin des Audre-Lorde-Archivs an der Freien Universität Berlin.

■ Annika Gerold und Sarah Jermutus, Bezirksverordnete

Ist das ein Kompliment oder kann das weg?

Dass sexuelle Belästigung und Sexismus, vor allem am Arbeitsplatz, keine Ausnahme, sondern in einigen Branchen sogar die Regel darstellen, wissen die meisten von uns nicht erst seit #Aufschrei und #MeToo. Immer mehr Frauen* weltweit empören sich in den sozialen Medien über herabwürdigendes Verhalten und sexuelle Belästigung.

Die Sichtbarmachung dieser Ungerechtigkeit erfüllt in demokratischen und offenen Gesellschaften eine wichtige Funktion: Ungerechtigkeiten können öffentlich moralisch verhandelt und im besten Fall sozial-politisch und juristisch reguliert werden. Das bedeutet aber auch: Dass wir uns in unseren gewohnten sozialen Strukturen neu orientieren müssen. Das ist unbequem. Es erfordert Reflexion des eigenen Denkens und Handelns. Ein Beispiel für eine Personengruppe, die das besonders ungern tut: AfD-Anhänger*innen. Anstatt sich den lebensnahen Entwicklungen unserer Gesellschaftsstrukturen anzunehmen, ziehen sie ihre verstaubten Schubladen auf und ignorieren die Komplexität eines jeden Einzelnen von uns.

Individuelle Freiheit bedeutet, Eigenverantwortung und Empathie

Sich jedoch gerade in der aktuellen Sexismus-Debatte eine eigene Meinung zu bilden, ist schwierig. Die französische Schauspielerinnen Catherine Deneuve trug mit ihrem Gastbeitrag in der Zeitung Le Monde zu einer Gegenbewegung zu #MeToo bei. Darin distanzierte sie sich „von dem Feminismus, der über die Anprangerung von Machtmissbrauch hinaus das Gesicht eines Hasses auf Männer und die Sexualität annimmt“. Männer würden „zur Kündigung gezwungen, deren einziges Vergehen es ist, ein Knie berührt oder einen Kuss erhascht zu haben“. Schließlich plädiert sie für eine „Freiheit, jemandem lästig zu werden, der für die sexuelle Freiheit unerlässlich sei“. Beide Seiten argumentieren mit dem gleichen Bedürfnis - dem nach (sexueller) Freiheit.

Darüber herrscht teilweise Uneinigkeit und Verwirrung. Viele sagen, sie wüssten nicht mehr, wie sie sich Frauen* gegenüber zu verhalten hätten - in freier Wildbahn, sozusagen. Dabei gibt es nachvollziehbare

Spielregeln, auf die wir uns einigen können: Zunächst einmal, liebe Catherine Deneuve, will doch niemand das Flirten verbieten. Es gibt aber gravierende Unterschiede zwischen Flirt und Diskriminierung.

Flirt oder Diskriminierung

Für einen gleichberechtigten Kontakt auf Augenhöhe braucht es Respekt, Einfühlungsvermögen und ein ernstgemeintes Interesse am Gegenüber. Aufdringliche Pfiffe fremder Männer auf der Straße, der Kommentar eines Chefs zum flotten Outfit der Auszubildenden und ein ungewollt berührtes Knie oder ein „erhaschter“ Kuss sind keine Flirtversuche, sondern schlichtweg sexuelle Belästigung. Zum Flirten gehört eben auch, herauszufinden, inwiefern die oder der andere offen für einen Flirt ist und eine mögliche Ablehnung zu akzeptieren. Es ist alles eine Frage des Kontextes: Ein guter Freund kann einem den Tag mit einem ernst gemeintem Kompliment versüßen, während der gleiche Satz vom Vorsitzenden während einer wichtigen Präsentation vor Publikum erniedrigend und unangenehm sein kann. Schließlich kommt es in einer solchen Situation nicht auf Äußerlichkeit, sondern auf Kompetenz an.

Machtmissbrauch und Reduzierung auf äußerliche Merkmale.

Und so wird aus einem vermeintlichen Kompliment ein Mittel zur Unterdrückung - und heißt dann: Sexismus. Ist man immer noch unsicher, hilft es auch oft sich zu fragen: Wie würde dieser Spruch andersherum wirken? Würde der Chef das „sportliche Auftreten“, „die flotten Schuhe“ oder „die charmanten Grübchen“ des männlichen Angestellten genauso bemerken können, ohne dass es seltsam wirkt? Würde er zu einem männlichen

Kollegen auch sagen, dass er doch „viel netter aussehen würde, wenn er öfter mal lächelt“?

Die aktuelle Sexismus-Debatte mag oberflächlich betrachtet den scheinbar unbeschwerten Umgang zwischen Frau* und Mann* verkomplizieren. Es strengt an, die eingetretene Pfade zu verlassen und sich auf neue einzulassen. Gleichzeitig ist das ständige Hinterfragen und Neuarrangieren genau das, was eine offene, diskriminierungsfreie, demokratische Gesellschaft ausmacht. Genauso einzigartig, widersprüchlich und komplex wir selbst sind, so ist es auch unser Dialog über ein besseres Zusammenleben. Wir werden es also auch in Zukunft nicht vermeiden können, weiter zuzuhören und zu artikulieren, was wir uns von anderen wünschen. Davon haben wir am Ende alle was - genauso wie von einem ernstgemeintem Kompliment.

■ Tizia Labahn



Sexismus-Broschüre des Bezirksamts Xhain

Netzfeminismus: Bananas, Beaches, Bases and Bits

Es ist 2018 und immer noch entfachen feministische Themen teilweise heftige öffentliche Debatten. Das ist wichtig, denn um Themen wie Selbstbestimmungsrechte, Gleichstellung und die Aufwertung von Care-Arbeit müssen wir nach wie vor kämpfen.

Es nervt jedoch, wenn vor allem Männer* meinen, sich zu diesen Themen nicht nur besserwisserisch äußern zu müssen, sondern auch die Entscheidungsgewalt für sich beanspruchen (Grüße an den Gesundheitsminister). Und es wird gefährlich, wenn Rechtspopulist*innen die Themen für sich vereinnahmen, um rassistische Parolen zu propagieren.

Bis zur heutigen Situation war es ein langer Weg: Generationen von Frauen* kämpften für ihre Rechte. Feministische Bewegungen werden dabei oft in Phasen eingeteilt und die aktuelle Generation als dritte Welle bezeichnet. Sie entstand einerseits aus der Kritik an vorherigen Feminismen, welche die Lebensrealitäten weißer, privilegierter Frauen* pauschalisiert und dabei u.a. rassistische Diskriminierungen ignorierten und fiel andererseits mit dem Aufkommen neuer Technologien und digitaler Medien zusammen. Pop- und Netzfeminismus bspw. gehören zur dritten Welle. Letzterer ist ein Feminismus, der das Internet als Medium nutzt. Nicht zu verwechseln mit feministischer Netzpolitik, die netzpolitische Themen wie Zugang zum Internet und Inhalten, Urheber*innenrechte und Datenschutz feministisch betrachtet und verhandelt. Warum das wichtig ist? Zum Beispiel nutzen weltweit immer noch 12 % weniger Frauen* als Männer* das Internet.

Netzfeminismus: vielfältige Formate

Ein Blick ins Netz lohnt sich: Die Artikulations- und Protestformate sind vielfältig. Netzfeminismus reicht von #aufschrei und #MeToo über Peaches' Free Pussy Riot-Video bis hin zu Blogs wie „Mädchenmannschaft“ oder „Grün ist Lila“. Doch wie das mit Neuem häufig so ist, gibt es Kritik. Auch von zweite Welle-Feminist*innen wie Alice Schwarzer, die monieren, Feminismus im Internet sei kein richtiger Feminismus (Was ist das überhaupt?) und twitternde Feminist*innen seien endgültig neoli-

beralen Verhältnissen erlegen. Sicher, auch klassische Forderungen des Feminismus müssen in einer digitalen Öffentlichkeit mitgedacht werden und verlieren nicht an Relevanz. Doch sehen Netzfeminist*innen die diskursive Arena des Internets als Chance, auch dort Forderungen und Protest zu artikulieren, sich transnational zu vernetzen, zu bestärken, auszutauschen und weiterzubilden.

„Bildet Banden“

Klar gibt es auch negative Seiten: Shitstorms, Online-Harassment und Hate Speech betreffen insbesondere Frauen* und LSBTTIQ. Und dann gibt es noch Echokammern und Fake-News: alles erstzunehmende Probleme. Doch lasst sie uns doch bitte endlich thematisieren und politisch gestalten, anstatt sie den Regressiven und Rechten zu überlassen.

Das Internet bietet die Chance einer neuen Plattform für vielseitige feministische Kämpfe, für neue Netzwerke, als neuer Artikulationsort für im Privaten beerdigte Themen wie sexualisierte Gewalt. Das Internet erschafft feministische Gegenöffentlichkeiten, die verknüpft mit Offline-Aktionen, den Mainstream beeinflussen können. Demos, Sitzblockaden und Petitionen sind damit nicht abgeschafft; nur kann heute jede*r mit Internetverbindung mitmachen. Trotz aller Kritik ist Netzfeminismus deshalb ein inklusiverer Ort, als manch exklusive Feminismusgruppierungen. Das Hashtag wird zum Demo-Schild, der Twitter-Thread zur Mobilisierungsform. Mit den Worten der Netzfeministin und #aufschrei-Initiatorin Anne Wizorek: „Netzfeminismus ist eine konsequente Weiterentwicklung und Ergänzung dessen, was feministischer Aktivismus schon immer war - und wohin er sich in Zukunft noch stärker bewegen wird.“

■ Silvia Rothmund

Das Ende der East Side Gallery

Es rollen die Bagger. Erneut fallen weitere Elemente der East Side Gallery den Interessen von Investor*innen und Bauherr*innen zum Opfer, so dass vom längsten geschlossenen erhaltenen und künstlerisch gestalteten Stück der Berliner Mauer kaum etwas übrig bleibt. Ein Gespräch mit Werner Heck.

Der Senat beschließt in einer vorrösterlichen Nacht und Nebelaktion die Übertragung der East Side Gallery an die Stiftung Berliner Mauer. Deren Direktor, Prof. Dr. Axel Klausmeier, plant die endgültige Musealisierung des ehemals lebendigen Denkmals. Der Bezirk, und mehr noch, Künstler*innen und Zivilgesellschaft, die die East Side Gallery erst zu dem gemacht haben, was sie ist und womit sie jährlich Millionen Besucher*innen anzieht, werden damit quasi enteignet. Der Stachel sprach mit Werner Heck, der sich als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Bildung und Initiator eines Hearings zur Zukunft der East Side Gallery seit langem für den Erhalt dieses einzigartigen Denkmals einsetzt.



An der East Side Gallery

Foto: ck

Stachel: Dein Engagement in Sachen East Side Gallery war offensichtlich erfolglos. Bist Du gescheitert?

Werner Heck: Wenn es doch nur darum ginge. Ich befürchte vielmehr, dass Land und Stadt Berlin gerade dabei sind, wieder einen Teil ihres historischen Erbes unwiederbringlich zu verspielen. Ich hatte so sehr gehofft, dass die Versprechen der neuen Regierungskoalition ernst gemeint sind, den Denkmalschutz aufzuwerten, das historische Erbe nicht mehr leichtfertig den finanziellen Interessen irgendwelcher Investor*innen zu opfern und die Zivilgesellschaft an solchen Entscheidungen und Prozessen ernsthaft zu beteiligen. Aber dem ist offensichtlich nicht so. Oder aber die East Side Gallery wird von den politischen Entscheidungsträger*innen auf Landesebene einfach nicht als schützenswertes Denkmal und historische bedeutendes Erbe wahrgenommen wird.

Offensichtlich nicht nur von den Entscheidungsträger*innen auf Landesebene. In der Bezirksverordnetenversammlung ist dein Antrag, wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit dagegen abgelehnt worden, eine Ände-

rung des Bebauungsplans in die Wege zu leiten, die Flächen an der East Side Gallery als öffentliche Grünflächen auszuweisen und damit eine weitere Bebauung zu verhindern.

Unser Ziel war, ein Signal zu senden, um eine Bebauung zu verhindern und dem Senat Druck zu machen, endlich seine Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, dieses bedeutende Denkmal auch für zukünftige Generationen zu bewahren, umzusetzen. Denn der Drops war zu diesem Zeitpunkt keineswegs gelutscht, wie der Vorsitzende des Stadtplanungsausschusses John Dahl behauptet. Selbst die Senatsverwaltung hielt die von uns beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans mit dem Ziel, das Areal als Grünfläche zu sichern, für grundsätzlich möglich. Die Frage ist, wieviel einem dies wert ist. Offensichtlich nichts. Geschockt hat mich, dass die Fraktion der SPD und leider auch die Mehrheit der Fraktion Die Linke nicht den Mut oder Willen aufgebracht haben, diesen letztlich symbolischen Schritt mit uns zu gehen. Denn ohne Unterstützung und Billigung der Senatsverwaltungen

für Stadtentwicklung und Finanzen können wir als Bezirk die Bebauung dort nicht verhindern. Was wir aber hätten verhindern können, ist, dass wir durch weitere Verzögerung oder Untätigkeit der Senatsverwaltung für Stadtplanung vor vollendete Tatsachen gestellt werden, die Bauarbeiten dort beginnen und eine Umkehr nicht mehr möglich ist. Das ist es, was mich am meisten ärgert: dass nicht einmal die Diskussion öffentlich geführt wurde, ob der Stadtgesellschaft der Erhalt des Denkmals East Side Gallery für zukünftige Generationen eine Millionenentschädigung wert gewesen wäre. Man kann ja durchaus der Meinung sein, dass die East Side Gallery in Anbetracht ihrer Einkesselung durch das klotzige Entertainmentareal rund um die Mercedes-Benz-Arena als Denkmal eh schon ruiniert und entwertet ist. Aber dann soll man auch zugeben, dass man schon vorher auf der ganzen Linie versagt hat. Was mich aber fast noch mehr frustriert ist, dass nun auch die Übertragung der Reste der East Side Gallery an die Stiftung Berliner Mauer durch den Kultursenator quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzogen wurde.

Aber damit wird doch zumindest ein Versprechen des Koalitionsvertrags eingelöst, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass dieser Mauerabschnitt nun besser gepflegt und erhalten wird.

So hört es sich zunächst an. Aber wenn man sich die Pläne der Stiftung für die East Side Gallery genauer anschaut, dann werden die Bilder der East Side Gallery zwar vielleicht besser gepflegt und erklärt, als dies der Bezirk mit seinen bescheidenen Mitteln bislang konnte. Aber andererseits soll auf der Rückseite der East Side Gallery quasi der Todesstreifen re-inszeniert werden. Eine aktuelle künstlerische Auseinandersetzung mit den Themen Mauern, Grenzen, Abschottung und deren Überwindung, wie sie an der sogenannten West Side Gallery bislang noch stattfinden konnte, ist in dieser Form nicht mehr vorgesehen. Damit würden die politischen und künstlerischen Erben der Bürgerrechtsbewegung der DDR quasi enterbt oder, wie eine Vertreterin der Verfolgten des DDR-Regimes sagte: „An diesem Stück Mauer wiederholt sich nun die Vereinnahmung unserer Revolution durch den Westen. Was

hier geschieht, entscheiden nicht mehr wir, sondern die Repräsentanten der Sieger der Wiedervereinigung. Mit ihrer Form des Mauergedenkens, der uns auf die Opferrolle reduziert, nehmen sie nicht nur uns nun auch noch die Erinnerung an unsere Utopien, die hier ihren Ausdruck gefunden haben. Und die Möglichkeit, an diesem symbolträchtigen Ort diese Ideen in Form aktueller künstlerischer Interventionen in Bezug zu unserer Gegenwart zu setzen, die sich durch die Errichtung immer neuer Mauern auszeichnet. Diesmal weniger um Menschen einzusperren als vielmehr um sie auszusperren.“

Und nun?

Selbst wenn ich inzwischen davon überzeugt bin, dass die Stiftung Berliner Mauer mit ihrem denkmalpflegerischen, nur konservierenden Ansatz nicht die richtige Trägerin für die East Side Gallery ist, wird sich die Übertragung zumindest von uns als Bezirk kaum verhindern lassen. Auch wenn ich noch hoffe, dass es unserem Bezirksamt zumindest gelingt, über den Rat der Bürgermeister*innen Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft, Künstler*innen und Initiativen herauszuhandeln und damit die Forderungen des Hearings zur Zukunft der East Side Gallery umzusetzen. Aber verlassen würde ich mich darauf nicht. Und auch nicht auf irgendwelche mündlichen Zusagen des Kultursenators oder des Stiftungsdirektors. Ich befürchte, wenn es nicht bald doch noch vehementen Widerstand aus der Stadtgesellschaft gibt, ist die East Side Gallery für die Berliner*innen als lebendiges Denkmal bald endgültig verloren und es bleibt nicht mehr als ein buntes Gartenmäuerchen und Erinnerungsdisneyland für Tourist*innen auf der vergeblichen Suche nach dem authentischen Mauererlebnis inmitten eines öden Retortenentertainmentdistrikts.

■ Das Gespräch führte Henry Arnold

Neues Tourismuskonzept für Berlin

Ende Januar hat der Senat unter grüner Federführung ein neues Tourismuskonzept für Berlin vorgelegt. Statt weiter den nächsten Besucherrekorden hinterher zu rennen, ist das Ziel ein stadtverträglicher und nachhaltiger Tourismus, der die Bezirke nicht länger mit den Folgen des Massentourismus alleine lässt.

Die Entwicklung der letzten Jahre im Bereich des Städtetourismus stellen Berlin und insbesondere die innerstädtischen Kieze vor neue Herausforderungen und Probleme. Viel zu lange wurden diese Entwicklungen ignoriert und stattdessen auf immer neue Besucherrekorde gesetzt. Das zu ändern, ist das erklärte Ziel des neuen Tourismuskonzepts, dass die grüne Wirtschaftssenatorin Ramona Pop unter dem Arbeitstitel „12x Berlin|er|leben“ vorgelegt hat. Leitgedanke ist die konsequente Neuausrichtung der bisherigen Tourismuspolitik und des Tourismus-Marketings am Ziel eines stadtverträglichen und nachhaltigen Tourismus, für das wir Grünen seit Jahren gekämpft haben.

Kieze erhalten

Gleichzeitig geht es darum, einen übergreifenden Ansatz zu entwickeln und Tourismus zukünftig als Querschnittsaufgabe zu behandeln. Auch ein entsprechender Parlamentarisantrag wurde dazu gemeinsam

mit den Koalitionspartner*innen im Oktober letzten Jahres dazu verabschiedet.

Das neue Tourismuskonzept nennt hierfür Leitlinien und Handlungsaufgaben. Zukünftig soll die Qualität im Fokus des Berlin-Tourismus stehen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollen ökologische, soziale und ökonomische Aspekte zusammen gedacht werden. Um den Tourismus in diesem Sinne gestalten zu können, wird erstmals ein umfassendes Tourismus-Monitoring eingeführt. Auch soll es zukünftig eine kiez-basierte Tourismussteuerung entwickelt. Denn klar ist: eine stadtverträgliche Tourismusentwicklung erfordert eine Erfassung, Entzerrung und Lenkung von Besucherströmen. Das gelingt nur, wenn die individuellen Situationen der Bezirke und Kieze mitgedacht werden. Die Vielfalt in den Kiezen zu erhalten und für einen Interessensausgleich zwischen den Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und Besucher*innen zu sorgen, muss oberste Priorität bekommen.

Ein wichtiges Ziel ist daher auch, dass mit den Maßnahmen zur Tourismusförderung immer auch die Lebensqualität der Berliner*innen erhöht wird. Erste im Tourismuskonzept genannte Maßnahmen sind bereits auf dem Weg. So werden z.B. Parks mit hoher touristischer Nutzung zukünftig durch die BSR gereinigt. Auch ein neues Toilettenkonzept ist in Bearbeitung. Neue Toilettenstandorte werden zukünftig auch an touristischen Hotspots ausgerichtet.

Klare Regeln für die Unterbringung

Ein Punkt, für den wir Grünen uns besonders stark gemacht haben, ist die Einführung eines Bürger*innenbeirats. Dieser soll eine kontinuierliche Beteiligung der Berliner*innen ermöglichen. Er kann ebenso dabei helfen, Probleme frühzeitig zu thematisieren und Nutzungskonflikte zu entschärfen sowie gemeinsam kooperative und stadtverträgliche Lösungen für bestehende Probleme in den Kiezen zu finden.

Auch die Themen Umwelt und Verkehr spielen eine wichtige Rolle. Hier wird klar auf den ÖPNV gesetzt und der Reisebusverkehr soll besser gesteuert werden. Die Hop-On-Hop-Off-Busse sollen möglichst schnell durch elektrisch betriebene Modelle ersetzt und Ausflugsdampfer endlich mit Dieselrußfiltern umgerüstet werden. Der Fahrradtourismus soll mit durchgehenden Routen und entsprechender Infrastruktur ebenso ausgebaut werden.

Vorgeschlagen wird ebenso eine strategische Planung der Hotelentwicklung in Berlin. Die bisher unkoordinierte Ansiedlung neuer Beherbergungsbetriebe soll somit endlich stadt- und kiezverträglich gesteuert werden – auch wenn es in manchen Kiezen zu spät kommt. Hier steht jetzt die die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in der Pflicht, entsprechende Schritte einzuleiten. Was die meist illegale Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung angeht, so haben wir aus dem Abgeordnetenhaus heraus jüngst eine Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes beschlossen. Auch zukünftig braucht es eine Genehmigung durch die Bezirksämter, die von der Senats-

verwaltung für Stadtentwicklung vorgeschlagene 60-Tages-Regel für eine genehmigungsfreie Vermietung ist damit vom Tisch. Jedoch stößt leider auch dieses Gesetz auf Grenzen, weil durch die Konstruktion der Mietpreisbremse das monatliche Vermieten zu absoluten Mond-Mietpreisen von „teil- bzw. möblierten Apartments“ nicht untersagt werden kann.

Senatsverwaltung in der Pflicht

Das Tourismuskonzept wurde jüngst durch den Rat der Bürgermeister*innen bestätigt – nun gilt es mit der Umsetzung zu beginnen.

Das neue Tourismuskonzept für Berlin kann hier heruntergeladen werden: <http://gruenlink.de/1fho>

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

■ Julian Schwarze, Bezirksverordneter

Rund ums Bezirksparlament

Kein Platz für Rassismus

Passend zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März brachte die grüne BVV-Fraktion eine Resolution ein, mit der sie ein klares Zeichen gegen Rassismus im Bezirk setzt. Rassismus ist weder ein neues, noch allein ein rechtsextremistisches Phänomen, sondern ein tief in unserer Gesellschaft verankertes System. Rassismus ist eine machtvolle Praxis der Unterscheidung: Menschen werden aufgrund von Zuschreibungen als „anders“, „fremd“, „unnormale“, „rückständig“ – gar als „bedrohlich“ – markiert und aufgrund dieses konstruierten „Andersseins“ abgewertet. Rassismus beginnt bei Mikroaggressionen („Du sprichst aber gut Deutsch.“; „Du siehst so exotisch aus.“), drückt sich u.a. in Racial Profiling aus und hört bei brennenden Geflüchtetenunterkünften nicht auf. Rassismus hat viele Gesichter: u.a. Antisemitismus, Antiziganismus, Antischwarzer und Anti-Muslimischer Rassismus, Rassismus gegenüber Geflüchteten. Rassismus wird in allen Lebensbereichen erlebt: z.B. auf dem Spielplatz, in der Schule, auf dem Arbeitsplatz, beim Einkauf, bei der Wohnungssuche, in der Verwaltung und in Medien. Mit der Resolution sagen die Grünen: Wir sind ein Bezirk der Vielfalt, Toleranz und der Weltoffenheit.

Gefahrenkreuzung sicher machen

Der Kreuzungsbereich am Görlitzer Bahnhof (Manteuffel-/Skalitzer/Wiener-/Oranienstraße) ist ein bekannter Unfallschwerpunkt. Auf der Skalitzer Straße gibt es ganztägig ein hohes Verkehrsaufkommen und die letzte Stickoxidmessung von Dezember 2017 hat ergeben, dass die Kreuzung am Görlitz die höchsten Werte Berlins aufweist. Somit ist sie für alle, zu Fuß, auf dem Rad und für Kinder auf dem Schulweg, ein sehr gefährlicher Ort. Auf einen Antrag der Grünen hin soll das Bezirksamt nun prüfen, wie der Kreuzungsbereich langfristig umgestaltet und sicherer gemacht werden kann. Zur Frage steht, inwiefern der Kreuzungsbereich langfristig umgestaltet werden kann, um Schulkindern einen sicheren Schulweg zu gewährleisten, Radfahrer*innen sowie Fußgänger*innen eine sichere und direkte Querung zu ermöglichen und Unfallgefahren, die Luftbelastung und den Lärm verringern. Da diese Maßnahme erwartungsgemäß etwas Zeit in Anspruch nehmen wird, sollen kurzfristige Maßnahmen, wie die Änderung der Ampelschaltung und die durchgängige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h, in Betracht gezogen werden.

Placebo abgelehnt

Im März hat die große Mehrheit der BVV den von der SPD eingebrachten Antrag auf den Erlass einer auf die in der Simon-Dach-Straße begrenzten Allgemeinverfügung abgelehnt: Eine solche Maßnahme suggeriere zwar entschlossenes Handeln, sei aber bloße Symbolpolitik, die an den eigentlichen Probleme nichts ändere und allenfalls geeignet sei, bei Beschwerden die Verantwortung vom Ordnungsamt auf die Polizei abwälzen zu können. Zumal die vorgebliche neue Beschränkung des Außenausschanks auf 23.00 Uhr bzw. 24.00 Uhr an Wochenenden schon jetzt gegeben ist. Und wie der zuständige Stadtrat Andy Hehmke, der die Allgemeinverfügung in der Debatte noch als Lösung für die Lärmprobleme zu verkaufen suchte, dann selbst in einer Antwort auf eine mündliche Anfrage eingestehen muss: „(...) es war ein Höllenlärm auf der Straße, weil Touristengruppen grölend, laufend, sozusagen mit Alkohol vorwiegend in der Hand durch den Kiez liefen, (...) und das hatte mit der Außengastronomie nichts zu tun. (...) Sie ist nicht der alleinige Lärmverursacher (...)“. Nun haben die Fraktion von Grünen und Linken einen Antrag eingebracht, durch den ein gezieltes Vorgehen bei Lärmkonflikten angeregt werden soll.

Gewerbefhof in der Ratiborstraße erhalten

Der Senat verkündete im Februar, dass unter anderem an der Ratiborstr. 14 eine Modulare Unterkunft für Geflüchtete (MUF) gebaut werden soll. Der Bezirk will ebenfalls Geflüchtete unterbringen, jedoch mit einer behutsamen Planung, welche die vorhandenen Nutzungen schützt.

Das Grundstück an der Ratiborstraße mit dem ehemaligen Studentenbad am Landwehrkanal weist einen einzigartigen Nutzungsmix auf. Es verfügt dadurch und durch seine wundervolle Grünfläche über eine ganz besondere städtebauliche Qualität. Darum kam es zu Irritationen, als der Senat verkündete, man wolle dort eine der geplanten 24 MUFs unterbringen.

Unterkünfte sollen geschaffen werden

Teile der Senatsverwaltungen sprachen von einem großen Standort für 450 Personen. Andere Senatsverwaltungen teilten auf Nachfrage mit, dass hier keine klassische MUF vorgesehen sei, sondern eine behutsame Planung

für einen integrierten Unterbringungsstandort.

Einig sind sich alle Stellen und die derzeitigen Nutzer*innen im Willen, Unterkünfte für Geflüchtete zu schaffen. Die Forderungen von Nutzer*innen und Bezirk sind aber, dies so zu tun, dass die derzeitigen Nutzungen nicht gefährdet werden. Der Bezirk befürwortet integrierte, kleinere Standorte für Geflüchtetenwohnungen statt großen Solitären und hat dazu bereits sieben Standorte in der Prüfung. Das Gelände an der Ratiborstraße bietet durchaus Entwicklungspotenzial. Aber: Es gibt dort zu schützende soziale Infrastruktur, unter anderem Kitas und Grünfläche. Außerdem sind dort zahlreiche kleine Gewerbebetriebe mit 80 Arbeitsplätzen angesiedelt. Dazu befindet sich auf dem Gelände die

Fläche des Vereins „L@s Fabulos@s“ mit einer Wagenburg. Dort gibt es eine Fahrradwerkstatt, eine Probefläche für Musik- und Theatergruppen, kulturelle Vorführungen und vieles mehr.

Integrierte Planungen bevorzugt

Diese Nutzungen müssen erhalten bleiben. Neue Anwohner*innen sollen in die bestehende Kreuzberger Mischung hineinwachsen und an der besonderen sozialen Qualität des Geländes teilhaben können. Auch der Senat hat sich mittlerweile so geäußert und alle Seiten haben sich nun zu einer verträglichen Weiterentwicklung bekannt. Die Grünen haben einen entsprechenden Antrag ins Be-

zirksparlament eingebracht: Damit die Sicherung des Bestands neben einem Neubau möglich ist, soll eine behutsame Neuordnung geprüft werden.

Mehrere Standorte für MUFs in verschiedenen Bezirken waren bisher für andere Nutzungen (z.B. Schule) vorgesehen. Auf Landesebene waren die Grünen nicht mit einer Senatsverwaltung in das Verfahren involviert. Linkspartei und SPD konnten nun aber verpflichtet werden, auch die grüne Fraktion aktiv einzubinden. Schon lange fordern die Grünen integratives Wohnen statt lebloser Wohnheime ohne Privatsphäre – gerade in Gebieten mit wenig sozialer Infrastruktur und schlechter Anbindung wollen sie das weitere Verfahren in diesem Sinne konstruktiv-kritisch begleiten.

■ Andreas Weeger,
Bezirksverordneter

Im Dialog-Verfahren zur Neugestaltung

Derzeit können sich Anwohner*innen und Interessierte an den Dialogwerkstätten zur Zukunft des ehemaligen „Reichsbahnausbesserungswerks“ RAW beteiligen. Zentrales Ziel der grünen BVV-Fraktion ist, neben einer stadtverträglichen Entwicklung, auch der Erhalt der gewachsenen Sozio-Kultur auf dem Gelände.

Das RAW-Gelände ist ein 71.000 m² großes Grundstück zwischen Warschauer Brücke und Modersohnbrücke in Friedrichshain. Es ist in etwa so groß wie der Alexanderplatz. Nach der Aufgabe des Geländes durch die Deutsche Bahn wurde das Gelände leider vor ca. 20 Jahren verkauft und gehört nun drei privaten Eigentümern.

Visionen entwickeln

Die Auftaktveranstaltung des Dialogverfahrens am 6. März war bereits ein voller Erfolg. Etwa 200 Menschen folgten der Einladung des Bezirks zur „I. Dialogwerkstatt zur Entwicklung des RAW-Geländes“ im Astra-Club auf dem Gelände. Damit war von vornherein klar: Die Zukunft des RAW-Geländes bewegt auch nach 20 Jahren noch die Gemüter vieler Nachbar*innen und Nutzer*innen.

In den Dialogwerkstätten geht es darum, die weitere Entwicklung und

städttebauliche Gestalt auf dem Gelände zu debattieren, Wünsche für eine zukünftige Nutzung einzubringen und Visionen für das Gelände zu sammeln, die später in die Planungen einfließen sollen. Am Ende des Verfahrens sollen die Erkenntnisse aus dem Verfahren in eine Empfehlung an das Bezirksamt münden, welches diese Empfehlung bei der Erstellung eines Bebauungsplans berücksichtigen wird. Zum Schluss muss die Bezirksverordnetenversammlung über einen zu erlassenden Bebauungsplan abstimmen.

Seit 1999 ist auf dem RAW-Gelände ein einzigartiger Nutzungsmix entstanden. Im, aufgrund der Form, sogenannten „Sozio-Kulturellen-L“ haben sich nach der Aufgabe des Geländes durch die Deutsche Bahn viele nicht-kommerzielle und gemeinnützige Nutzungen angesiedelt, die bei der weiteren Entwicklung des Geländes nicht verloren gehen dürfen. Sie wären nicht wiederherstellbar, wenn sie einmal verschwun-

den sein sollten, weshalb ihr Erhalt für alle großen Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung ein zentrales Anliegen ist. Hier gibt es freie Kunst und Kultur, Initiativen für interkulturellen Austausch, gesellschaftliches Engagement, Ateliers, Produktionsstätten, Übungsräume, Artist*innen und Bildungseinrichtungen, Theatergruppen, Sportstätten wie Skatehalle und Kletterkegel, Jugend- und Geflüchtetenarbeit, Schulsport in Kooperation mit ca. 50 Schulen, kleine alternative Musikbühnen, Lesungen, Vorträge, Kleinkunst, politische Veranstaltungen und so weiter. 380.000 Besucher*innen wurden 2017 gezählt, ca. 80 Vereine mit 1000 Mitgliedern sind auf dem Gelände aktiv und 400 Mitarbeiter*innen oder Angestellte verdienen dort ihren Lebensunterhalt.

Die Eigentümer des Geländeteils, auf dem sich das Sozio-Kulturelle-L befindet, haben zwar immer signalisiert, dass auch sie an einem Erhalt

dieser Nutzungen interessiert seien. Wie sich dieser Erhalt aber langfristig absichern lässt, ist zurzeit ebenfalls Gegenstand lebhafter Verhandlungen. Beteiligen Sie sich auf jeden Fall auch an der Debatte!

Sich zu beteiligen, ist gefragt

Die abschließende, III. Dialogwerkstatt soll am 14. Juni von 17.00 Uhr bis 20.30 Uhr auf dem Gelände stattfinden. Achten Sie auf die Plakatierung, die im Vorfeld zur Bekanntgabe weiterer Details stattfinden wird. Im Internet finden Sie die Informationen auf den Seiten des Bezirksamts: <http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/bezirksticker/2018/artikel.682088.php>

■ Andreas Weeger,
Bezirksverordneter

Stand der Dinge auf dem „Dragoner Areal“

Das Gelände wird vom Bund an das Land übertragen. Gleichzeitig ist es Teil des Sanierungsgebietes Rathausblock. Im Moment wird in verschiedenen Verfahren öffentlich über die Zukunft beraten.

Im vergangenen Sommer wollte die von der Linken geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen das 4,7 Hektar große Dragoner Areal am Bezirk vorbei und ohne Beteiligung der vor Ort aktiven Initiativen an zwei landeseigene Wohnungsbaugesellschaften übertragen. Das vom Staatssekretär Scheel (Die Linke) in einer öffentlichen Veranstaltung zur Überraschung der Anwesenden verkündete Vorgehen stieß auf heftige Kritik – insbesondere weil es in das bereits laufende Beteiligungsverfahren platzte.

Bürger*innen-Beteiligung

Nicht nur die Initiativen und Aktiven waren sauer, auch der Stadtrat Florian Schmidt (Grüne) sprach von einem Affront, dass man vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. War es doch im Vorfeld eine der zentralen Forderungen, dass gerade solche wichtigen Entscheidungen wie die über die Eigentümerschaft nicht übereilt und ohne Einbindung getroffen werden sollten. Die Grüne BVV-Fraktion brachte als Reaktion auch eine entsprechende Beschlussempfehlung ein. Aufgrund des Drucks von zahlreichen Seiten musste



Dragoner Areal am Mehringdamm

Foto: ck

die Senatsverwaltung ihre Entscheidung bald darauf zurücknehmen.

Das Grundstück soll nunmehr zunächst an das landeseigene Sondervermögen Daseinsvorsorge (SODA) übertragen werden, auch um den weiteren Beteiligungsprozess abwarten und berücksichtigen zu können. Um solche Konflikte in Zukunft zu vermeiden, wird derzeit gemeinsam und öffentlich an einer Kooperationsvereinbarung zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gearbeitet. Sie soll festlegen, welche Inhalte im Beteiligungsver-

fahren verbindlich verhandelt werden. Außerdem soll sie Strukturen der Mitbestimmung aufbauen und Verbindlichkeit für die im Verfahren erarbeiteten Ergebnisse schaffen. Neben der Kooperationsvereinbarung wird durch verschiedene offene Arbeitsgruppen kontinuierlich an den Themen Gewerbe & Kultur auf dem Areal, Geschichte des Ortes oder der Nutzung und Gestaltung des auf dem Gelände befindlichen Kiezraums gearbeitet.

Vorgesehen ist, einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen, der

zunächst einen übergeordneten Rahmen für die städtebauliche Figur der zukünftigen Bebauung schaffen soll. Konkrete Gebäudeformen und -fassaden, Grundrisse, etc. sollen anschließend in architektonischen Entwürfen entwickelt werden. Auch Kooperationen zwischen gemeinwohlorientierten Träger*innen und landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften könnten dabei ein Weg sein.

Kreuzberger Mischung

Zielstellung für das Gelände ist die „Kreuzberger Mischung“ aus bezahlbarem Wohnen, Gewerbe, Kultur und soziale Infrastruktur. Wichtige Forderung ist neben den preiswerten Wohnungen, dass die bisherigen Gewerbetreibenden auf dem Gelände bleiben können. Am Ende des Prozesses soll ein Bebauungsplan stehen. Bis dieser beschlossen werden kann, wird allerdings noch einige Zeit benötigt.

Aktuelle Termine und Infos rund um das Gelände sind zu finden unter: www.berlin.de/rathausblock-fk

■ Julian Schwarze,
Bezirksverordneter

Wasser Marsch

In Wien oder in Rom sieht man sie an vielen Ecken, in Berlin müssen wir leider etwas länger suchen. Die Rede ist von öffentlichen Trinkwasserbrunnen.

Jetzt wird es wieder wärmer, wer möchte da nicht auf dem Weg zur Arbeit, mit den Kindern auf dem Spielplatz oder beim Joggen durch den Park ohne großen Aufwand seinen Durst stillen.

Während Menschen sich in Wien an rund 900 öffentlichen Trinkwasserbrunnen oder in Rom an über 2000 Trinkwasserbrunnen erfrischen können haben wir in Berlin gerade mal um die 40 Stück. Drei davon befinden sich in Friedrichshain-Kreuzberg: im Park am Gleisdreieck, an der Kottbusser/Reichenberger Str. und im Volkspark Friedrichshain. Das sind uns zu wenige! Daher setze ich mich für mehr Trinkwasserbrunnen in unserem Bezirk ein.

Mehr Leitungswasser - weniger Plastik

Zugang zu Trinkwasser ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Leitungswasser schmeckt gut, ist gesund und spart Ressourcen! Trinkwasserbrunnen sind eine nachhaltige und umweltfreundliche Alternative zum Gebrauch von Plastikflaschen. Jeder Mensch in Deutschland verbraucht im Jahr durchschnittlich 207 Einweg-Plastikflaschen. Eine solche Plastikflasche braucht rund 450 Jahre, um sich zu zersetzen und nicht selten landen die Plastikflaschen im Meer. Mehrere riesige Plastikteppiche treiben in den Ozeanen. Laut neues-

ter wissenschaftlicher Erkenntnis ist z.B. der Große Müllstrudel im Pazifik wesentlich größer als angenommen und umfasst knapp 80.000 Tonnen Plastik auf einem Gebiet von 1,6 Millionen Quadratkilometern (das ist die vierfache Fläche von Deutschland).

Mit verheerenden Folgen: Meerestiere, wie Schildkröten verfangen sich, Wale verhungern an Mägen voller Plastik. Kleine Plastikteile gelangen in die Nahrungskette.

Berliner Leitungswasser hat eine super Qualität. Wer also mehr Wasser aus dem Hahn zuhause und unterwegs aus dem Trinkwasserbrunnen trinkt, schont nicht nur den eigenen Geldbeutel, sondern auch die Umwelt und vermeidet Plastikmüll.

Lecker, günstig und gut für die Umwelt

Trinkwasserbrunnen sind also nicht nur Durstlöscher, sondern auch ein einfaches und sinnvolles Mittel, um unsere Umwelt zu schonen. Hier von profitiert wirklich jede*r: ob die Kreuzberger Joggerin am Landwehrkanal, der Friedrichshainer Papa am Boxhagener Platz oder alle beim Einkaufsummel durch die Kieze.

Erstmalig ab 2018 fördert der Senat den Bau von öffentlichen Trinkwasserbrunnen mit 500.000 Euro jährlich und kooperiert mit den Berliner Wasserbetrieben. Damit eine schnelle Umsetzung des Landesprogramms



Clara Herrmann am Trinkbrunnen im Gleisdreieckpark

Foto: ck

bei uns im Bezirk möglich wird, habe ich mich an den Senat gewandt. Bislang gibt es leider nur drei Brunnen im gesamten Bezirk – und das obwohl Friedrichshain-Kreuzberg der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins ist. Hier leben die meisten Menschen auf den wenigsten Quadratmetern.

Mehr Trinkwasserbrunnen für Friedrichshain - Kreuzberg

Eine unverbindliche Vorschlagsliste umfasst bislang 18 Standorte, die an die zuständigen Senatorinnen und an die Berliner Wasserbetriebe übermittelt wurde. Benannt sind bislang folgende Standorte: Boxhagener Platz, Chamissoplatz, Comeniusplatz, Forckenbeckplatz, Görlitzer Park, Helsingforsplatz, Hermann-Stöhr-Platz, Hohenstaufenplatz, Marheinekeplatz, Mariannenplatz, Paul-Lincke-Ufer (Bouleplatz), Petersburger Platz, Platz der Vereinten Nationen, Rudolfplatz, Schleidenplatz, Traveplatz, Urbanhafen, Viktoriapark.

Diese Orte sind aus Sicht des Bezirksamtes besonders für die Errichtung von Trinkwasserbrunnen geeignet. Natürlich sind wir offen für andere Standorte. Aber eines ist sicher: Es ist an der Zeit, weitere Brunnen zu installieren.

Clara Herrmann, Bezirksstadträtin

Der FriXfonds am Start

Ein neuer Fonds stellt erstmals 25.000 Euro für künstlerische Interventionen und Aktionen im öffentlichen Raum zur Verfügung, die sich in Friedrichshain-Kreuzberg künstlerisch mit stadtentwicklungspolitischen Fragen und Problemen auseinandersetzen wollen.

Es ist soweit. Gemeinsam starten der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und das AktivitätenNetzwerk für den öffentlichen Raum (ANföR), ein als offener Verein organisierter Zusammenschluss von Künstler*innen, stadtentwicklungspolitischen Akteur*innen und Initiativen, die erste Ausschreibung des FriXfonds. Die zentrale Idee des Fonds ist, dass diejenigen, die im und am Kiez verdienen, auch mögliche Lösungsansätze, Auseinandersetzungen und Beteiligungen mitfinanzieren. Unternehmen und Personen aus unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft sollen Mittel zur Verfügung stellen, aus denen ein dauerhafter, finanziell solide ausgestatteter und vor allem unabhängiger Projektfonds gebildet werden kann. Zur Verfügung steht in dieser ersten Ausschreibung eine Summe von 25.000 Euro.

Ziel der Förderung sind künstlerische und kreative Projekte und Beteiligungsprogramme, die sich mit aktuellen Entwicklungen im Stadtraum von Friedrichshain-Kreuzberg auseinandersetzen und sich temporär oder dauerhaft im Bezirk präsentieren oder vor Ort aktiv sind. Der Bezirk wird dabei bewusst als großes Labor betrachtet, in dem solchen Prozessen der städtischen Veränderung auf unterschiedlichste Weise mit Ideen von lokalen und internationalen Künstler*innen, Projekten und Initiativen begegnet werden kann. Er bietet strukturelle und kreative Voraussetzungen solche experimentellen Projekte zu entwickeln, umzusetzen und vor allem auch in der täglichen Erprobung zu testen. Es sollen mit dem Fonds bewusst neue Wege der künstlerischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung erprobt und ermöglicht werden.

Voraussetzung für eine Förderung ist die öffentliche Auseinanderset-

zung mit einem der folgenden oder einem verwandten Thema: Verfügbarkeit, Verständnis, Produktion, Aneignung, Nutzung, Aushandlung von Öffentlichem Raum - Spannungsfelder aktueller Stadtentwicklung - die Sichtbarmachung von verdeckten, marginalisierten und ausgegrenzten Themen der Stadtgesellschaft - Auswirkungen, Wahrnehmungen und Interpretationen von Veränderungen im städtischen Lebensumfeld. Die Auseinandersetzung muss in künstlerischer Form geschehen oder durch das künstlerische Werk angestoßen werden. Berücksichtigt werden können Konzepte und Projekte aus allen künstlerischen Sparten sowie spartenübergreifende, interdisziplinäre und themenorientierte Vorhaben. Dabei ist darauf zu achten, dass die Werke frei zugänglich sind und ihre Umsetzung oder Präsentation im öffentlichen Raum stattfindet. Die Projekte sollen für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg erarbeitet und dort präsentiert werden. Ausgeschlossen sind kommerzielle Vorhaben.

Anträge auf Förderung durch den FriXfonds müssen bis zum 15. Juni 2018, 24.00 Uhr digital bei der folgenden Adresse eingegangen sein: bewerbung@frixfonds.de. Dabei ist das auf der Homepage des FriXfonds www.frixfonds.de verfügbare Antragsformular zu verwenden. Über die Vergabe und die Höhe der Mittelzuwendung entscheidet eine unabhängige Jury. Weitere Informationen auf den Seiten: www.frixfonds.de und www.anfoer.de oder bei Nachfragen per Mail unter: kontakt@frixfonds.de

Werner Heck, Bezirksverordneter, Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Bildung und Mitglied im Beirat von ANföR

Der neue Geschäftsführende Ausschuss (GA) stellt sich vor

Am 27.02.2018 wurde der GA vom Kreisverband (KV) Friedrichshain-Kreuzberg neu gewählt. Nun besteht er aus acht Personen: zu den wiedergewählten Mitgliedern Alexandra Neubert, Joana Zühlke, Silvia Rothmund, Karl-Heinz Garcia Bergt und Vasili Franco kommen die neu gewählten Anne Burckhardt-Schön, Nikolas Becker und Theo Ioannidis dazu.

Zu unseren wichtigsten Zielen gehört die aktive Einbindung von Mitgliedern und Neu-Mitgliedern in die Basisarbeit des KV. Das wollen wir auch über die Aktivierung neuer Arbeitsgruppen erreichen, die an Themen wie „Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft“ oder der viel beschworenen „Digitalisierung“ arbeiten. Unsere vielen grünen Projekte im Bezirk sollen insgesamt sichtbarer werden. Wir streben eine stärkere Vernetzung mit Stadtakteur*innen und mehr offene Debatten an. Zusammen mit den Bezirksverordneten und den Abgeordneten aus unserem Kreisverband wollen wir unsere politischen Erfolge, aber auch aktuelle oder ständige „Baustellen“ in der Öffentlichkeit präsenter machen. Nach zwei intensiven durch Wahlkampf geprägten Jahren wollen wir unsere Parteistrukturen noch offener und basisdemokratischer gestalten.

Europawahl 2019, grünes Grundsatzprogramm und Bezirksthemen

Auch die im kommenden Jahr stattfindende Europawahl werden wir zusammen mit euch vorbereiten. Das betrifft das Europawahlprogramm und die Listenaufstellung auf dem Bundesparteitag. Einen hohen Stellenwert hat dabei der seit diesem April begonnene Prozess für das neue Grundsatzprogramm von Bündnis



Der neue GA

Foto: ck

90/Die Grünen, in das wir uns aktiv mit vielen Vorschlägen einbringen wollen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass in unserem Bezirk, aber auch anderswo, weniger Rassismus, Sexismus und Diskriminierung im Alltag vorkommen. Den langjährigen Kampf für bezahlbares Wohnen und soziale Mieten werden wir auf allen Ebenen (Bezirk, Land, Bund und Europa) fortführen.

Wir freuen uns sehr über eure Anregungen und konstruktiven Vor-

schläge. Zudem sind wir sehr froh über das Engagement unserer grünen Mitglieder und aller grünnahen Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg.

Kontakt: Kreisgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg, Dresdener Str. 10, 10999 Berlin, info@gruene-xhain.de, 030 614 314 6

Theo Ioannidis, Mitglied im GA

Verbot der Zweckentfremdung – für eine bessere Wohnungspolitik

Trotz des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes erleben wir stadtweit die Zunahme von spekulativem Leerstand, von legalen Abrissen, aber auch von Untervermietungen als Ferienwohnungen. Seit 2014 wurden zwar insgesamt wieder ca. 8.000 Wohnungen dem Mietwohnungsmarkt zugeführt, angesichts des Wohnraummangels ist das aber nicht ausreichend. Rot-Rot-Grün hat deshalb das Gesetz zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum verschärft.

Bestehender Wohnraum wird künftig stärker vor Abriss und spekulativem Leerstand geschützt: Bisher galt, dass bei einem Abriss jeder beliebige Neubau als Ersatzwohnraum anerkannt werden musste. Hier brauchten wir eine Klarstellung: Nur wenn neuer Wohnraum im gleichen Bezirk und mit vergleichbaren Mietpreisen geschaffen wird, soll dieser als Ersatzwohnraum anerkannt werden. So wollen wir den finanziellen Fehlanreiz beseitigen, dass funktionsstüchtige Wohnungen abgerissen werden, weil keinerlei Bedingungen an den Ersatzwohnraum gestellt wurden. Zwar ist diese Regelung sehr weitgehend, aber sie ist notwendig, damit die Konzentration der Ferienwohnungen auf die Innenstadtbezirke nicht weiter angeheizt wird. Zudem werden die genehmigungsfreien Leerstandsfristen von sechs auf drei Monate verkürzt, damit die Bezirke früher einschreiten können. Denn es gibt die Erfahrung, dass manche Investor*innen überhöhte Bauanträge stellen, um einen längeren Leerstand zu generieren – ein leeres Haus verkauft sich eben „besser“ als ein bewohntes.

Treuhänder*in als scharfes Schwert

Die Regeln zum Rückbau und zur Wiederherstellung von Wohnraum nach Verstößen gegen das Zweckentfremdungsverbotsgesetz werden verschärft. Um Verstöße gegen das Gesetz bei wiederholter Missachtung künftig schlagkräftiger ahnden zu können, wird ein sogenanntes Treuhänder*innen-Modell eingeführt. Wird der Aufforderung zur Beseitigung einer Zweckentfremdung nicht nachgekommen und helfen andere Sanktionen nicht, soll künftig als letztes Mittel ein*e Treuhänder*in für die entsprechenden Wohnungen oder Gebäude eingesetzt werden. Die Treuhänder*innen sorgen dann für die Sicherung der Wohnnutzung. Damit das Instrument zur Anwendung

kommen kann, muss das Land die Bezirke mit Personal und finanziellen Mitteln unterstützen.

Ebenso werden die Geldbußen bei Verstößen nach Münchner Vorbild auf bis zu 500.000 Euro erhöht. Denn Abriss, spekulativer Leerstand oder illegale Ferienwohnungen sind oft so profitabel, dass die bisher verhängten Geldstrafen einfach hingenommen werden.

Ferienwohnungen - „Homesharing“ vs. Geschäftsmodell

Anders als der Senat es wollte, wird die Genehmigungspflicht bei Ferienwohnungen beibehalten und eine Registrierungsnummer eingeführt. Damit wird einerseits „Homesharing“ zugelassen, andererseits aber das Geschäftsmodell „Ferienwohnungen“ soweit wie möglich unterbunden.

Berliner*innen, die ihre Hauptwohnung Dritten überlassen wollen, können das zeitweise tun, jedoch müssen sie wie bisher eine Genehmigung beantragen und die Gründe dafür darlegen. Die Genehmigungspflicht ist wichtig, um eine Kontrollierbarkeit durch die Behörden weiterhin zu ermöglichen, da die Unterlagen vorab eingereicht werden müssen. Zusätzlich soll eine Registriernummer beim Anbieten auf den Portalen die Kontrollierbarkeit für die Bezirke verbessern.

Zweit- beziehungsweise Nebenwohnungen dürfen nur noch 90 Tage als Ferienwohnung vermietet werden. Die bisherige Rechtsprechung erlaubte bis zu 182 Tage pro Jahr, weil die Gesetzgebung dies nicht beschränkt hatte. Das holen wir jetzt nach. Damit wollen wir dem Trend entgegenwirken, dass Wohnungen in Berlin gekauft und dann als Ferienwohnung vermietet werden, um die

Kredite schneller abzubezahlen. Andererseits wollen wir Bewohner*innen von Zweitwohnungen einen gewissen Spielraum ermöglichen, so dass während Urlaubs- und Wochenendzeiten eine Vermietung als Ferienwohnung möglich ist.

Grenzen des Gesetzes

Auch die unter Rot-Schwarz beschlossene Genehmigungsfiktion entfällt. Bisher galten Genehmigungen für Ferienwohnungen automatisch als erteilt, wenn die Bezirksamter nicht binnen 14 Wochen Widerspruch einlegten. Es kann nicht sein, dass der Poststempel darüber entscheidet, ob und wo eine Ferienwohnung erlaubt ist.

Das Problem, dass zunehmend möblierte Appartements in der Stadt angeboten werden, konnten wir mit dem Gesetz leider nicht beheben.

Denn die Mietpreisbremse greift eben nicht bei möblierter Vermietung. Zwar ist dies nur monats- und nicht tageweise gestattet, jedoch halten sich viele Vermieter*innen nicht daran und nutzen das Schlupfloch zur Vermietung von Ferienwohnungen. Hier werden die Bezirke weiterhin im Einzelfall mit viel Aufwand die Nachweise erbringen müssen. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für eine Verbesserung und Verschärfung der Mietpreisbremse ein. Die Schlupflöcher müssen endlich gestopft werden!

Berliner Bauordnung soll Spekulation erschweren

Zudem haben wir in einer ersten Novelle auch die Bauordnung verschärft. Darin machen wir den Abriss von Wohnraum generell wieder genehmigungspflichtig. Um Spekulation zu bekämpfen, verkürzen wir die Geltungsdauer von Baugenehmigungen und Bauvorbescheiden. Denn viele Flächen liegen in Berlin auch brach, obwohl Baurecht besteht, weil einige Investor*innen lieber damit spekulieren statt ihre Bauvorhaben zu realisieren. Seit 2009 wurden 119.000 Baugenehmigungen in Berlin ausgesprochen, allerdings wurden nur 65.000 Bauvorhaben realisiert. Zukünftig soll die Geltungsdauer der Baugenehmigung deshalb statt drei nur zwei Jahre betragen sowie die Frist zur Fertigstellung genehmigter Bauvorhaben von sieben auf sechs Jahre reduziert werden.

Mit all diesen gesetzlichen Änderungen nutzen wir in Berlin die zur Verfügung stehenden Mittel, um eine konsequente Wohnungspolitik im Sinne der Mieter*innen zu machen. Der Wohnraumschutz bekommt höchste Priorität, denn ohne den Schutz des Wohnungsbestandes kann auch der Neubau von preisgünstigen Mietwohnungen den Wohnungsmarkt nicht entlasten.

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses



Ein Kreuzberger Beispiel für Leerstand: Großbeerenstraße 17

Foto: ck

Gemeinsame Geschichte endlich gemeinsam erinnern

Berlin, Afrika und der deutsche Kolonialismus: Ob die Neuköllner Wissmannstraße oder die M*-Straße in Mitte, von der Vergangenheit Deutschlands als Kolonialmacht zeugen in Berlin unter anderem noch diverse Straßennamen. Zeit sich aktiv mit unserer Geschichte auseinanderzusetzen.

Dass Kolonialverbrecher*innen im Stadtbild öffentlich „gehört“ oder völlig unkritisch historische Bezüge hergestellt werden, kommt nicht von ungefähr. Berlin kam im Zeitalter des Kolonialismus als Hauptstadt des Deutschen Reiches eine besondere Rolle zu. 1884/1885 war die Stadt Gastgeberin der sogenannten Afrikakonferenz, auf der die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter den Kolonialmächten besiegelt wurde. Heute, genau hundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und damit auch dem formalen Ende des deutschen Kolonialreichs, wird es Zeit, dass sich Berlin seiner kolonialen Geschichte stellt und historische Verantwortung übernimmt. Für uns Grüne ist die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und ihrer Verbrechen, wie Völkermord und Sklavenhandel, ein zentrales Anliegen. Aus bislang getrennten Geschichten muss eine gemeinsame werden. Die Kolonialvergangenheit kann nur zusammen mit den Menschen der ehemaligen Kolonien und ihren Nachfahren erzählt und erinnert werden. Dabei müssen wir glücklicherweise nicht von vorne anfangen. Im Gegenteil: Wir können

in Berlin auf das Engagement und die Expertise zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aufbauen, die in den vergangenen Jahren enorme Vorarbeiten geleistet haben.

Friedrichshain-Kreuzberg geht voran

Als Grüne arbeiten wir im Bezirk schon seit vielen Jahren gemeinsam mit der Zivilgesellschaft daran, die koloniale Vergangenheit der Stadt und ihre Schwarzen Menschen sichtbar zu machen. Mit der Umbenennung des „Gröben-Ufers“ in „May-Ayim-Ufer“ in 2009 ist der Bezirk bei der „Dekolonisierung“ des öffentlichen Raums voran gegangen. Derzeit setzt sich die Grüne Fraktion in der Bezirksordnetenversammlung dafür ein, eine Straße nach der Schwarzen Dichterin und Wissenschaftlerin Audre Lorde zu benennen. Und die Grüne Kulturstadträtin Clara Herrmann plädiert schon seit mehreren Legislaturen, früher noch als Abgeordnete gegenüber dem rot-roten und rot-schwarzen Senat, für ein Gesamt-Berliner Erinne-

rungskonzept – damals leider vergeblich. Aber mit der rot-rot-grünen Koalition bewegt sich auch beim Thema (Post-)Kolonialismus etwas. Der Koalitionsvertrag bekennt sich ausdrücklich zur „Anerkennung, Aufarbeitung und Erinnerung deutscher Kolonialverbrechen“. Gleichzeitig verdeutlichen verschiedene aktuelle Debatten, wie viel in Berlin noch zu tun ist. Scheinbar unterschiedliche Diskussionsstränge und Kontroversen – wie zu den Straßenumbenennungen im Afrikanischen Viertel, zum Humboldt Forum und seinem kolonialen Sammlungserbe, oder zur Provenienzforschung und Rückgabe von Raubkunst und Gebeinen – stehen bislang jede für sich. Dabei markieren alle gemeinsam eine ganz offensichtliche Leerstelle: Berlin fehlt ein Konzept im Umgang mit seiner (post-)kolonialen Vergangenheit. Für uns Grüne ist daher klar, dass ihrer kritischen Aufarbeitung und Erinnerung ein gesamtstädtischer und themenübergreifender Ansatz zugrunde liegen muss.

Ein solches Konzept sollte die ganze Stadt in den Blick nehmen und alle relevanten Aspekte in die Erinne-

rungsbearbeitung einbeziehen. Dazu gehören neben einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung geeignete Maßnahmen im Bereich der (außer-)schulischen, universitären sowie kulturellen Bildung bzw. der Kulturförderung. Eine besondere Rolle kommt dabei dem öffentlichen Raum zu: Ausgehend von jenen Orten, die Spuren der deutschen Kolonialvergangenheit aufweisen bzw. an denen bereits heute kritisch gedacht wird, soll eine gesamtstädtische Erinnerungslandschaft entstehen. Dazu gehört entsprechend dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag auch die Entwicklung einer zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Kolonialismus und Versklavung als Lern- und Erinnerungsort, in enger Abstimmung mit dem Bund. Gelingen wird ein solches Konzept allerdings nur dann, wenn es in enger Zusammenarbeit mit Berlins Zivilgesellschaft und den Vertreter*innen bzw. städtischen Communities aus Ländern mit deutscher Kolonialvergangenheit entsteht. Nur so kann aus unterschiedlichen Perspektiven ein gemeinsames Erinnern werden. Politik und Verwaltung können hier aber auch von der Exper-

tise der verschiedenen Initiativen und Projekte, die in Berlin in den Bereichen Dekolonisierung und Globales Lernen aktiv sind, profitieren.

Entwicklung eines gesamtstädtischen (post-)kolonialen Erinnerungskonzepts

Die koloniale Vergangenheit wirkt bis heute. Rassismus und Diskriminierung sind in ihr ebenso verwurzelt wie gesellschaftliche Stereotypen und Vorurteile. Sich der Vergangenheit anzunehmen und würdige Formen des Erinnerns zu entwickeln bedeutet daher auch, demokratische Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. Es wird deshalb höchste Zeit, dass Berlin seine Kolonialgeschichte endlich aufarbeitet. Das sind wir nicht nur ihren Opfern und deren Nachfahren schuldig, sondern auch unserer offenen und vielfältigen Stadtgesellschaft insgesamt.

Daniel Wesener und Sebastian Walter,
Mitglieder des Abgeordnetenhauses

Berlin muss pestizidfrei werden

Es steht schlecht um die Bienen und andere Bestäuber und es wird Zeit, auf das Insektensterben und den Verlust der biologischen Vielfalt in Deutschland und weltweit aufmerksam zu machen. Wo es früher vor allem im Frühling summte und brummte, hört man heutzutage kaum noch etwas.

Das dramatische Bienen- bzw. Insektensterben ist in aller Munde: Umwelt- und Tierschutzorganisationen warnen und Medien wie beispielsweise die ARD-Talkshow „Hart aber Fair“ berichten darüber. Wann haben Sie das letzte mal eine Wildbiene oder einen Schmetterling zu Gesicht bekommen? Draußen ist es still geworden. Und hinter dieser Stille stecken alarmierende Zahlen: Seit dem Jahr 1982 hat sich der Bestand an Insekten nach Angaben des Umweltministeriums 2017 um bis zu 80% verringert und ein Ende ist nicht in Sicht. Besonders betroffen sind die Bienen – sie leiden unter dem Befall von Milben, Viren und Bakterieninfektionen und werden durch Insektizide weiter geschwächt. Sogenannte Neonikotinoide schwächen ihren lebensnotwendigen Orientierungssinn und lassen sie schließlich früher sterben.

Es erscheint paradox, aber mittlerweile fühlen sich Bienen und viele andere Insekten in unseren Städten wie Berlin wohler als auf dem Land. Dies ist Ausdruck einer völlig verfehlten Agrarpolitik: Landschaftswüsten ohne Baum und Strauch, industrielle Massentierhaltung, Monokulturen von Mais und Raps auf den Äckern – diese Art der ausbeutenden Landwirtschaft vernichtet ihre eigenen Grundlagen. Blühstreifen und Hecken gibt es immer weniger, das Überleben wird den Insekten immer schwerer gemacht. Dabei müsste eigentlich jedem klar sein, dass ohne die Bestäubungsleistung der Bienen und anderen Insekten in den Obst- und Gemüseeregale der Supermärkte arge Tristesse herrschen würde.

Natürlich hat der Rückgang der Insekten auch direkte Auswirkungen auf das restliche Ökosystem. Mit den Insekten schwindet die Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse. An den stark schrumpfenden Populationen der insektenfressenden Vogelarten, wie etwa dem Rotkehlchen, lässt sich dies bereits ablesen.

Die synthetisch-chemischen Pflanzenschutzmittel sorgen dafür, dass die Straßen „ordentlich“ aussehen.



„Wir haben's satt“-Demonstrant*innen vor dem Bundestag

Foto: ck

Ein Beispiel hierfür ist das häufig eingesetzte Herbizid Glyphosat. Glyphosathaltige Herbizide sind aber laut Umweltbundesamt entscheidend mitverantwortlich für den dramatischen Verlust an biologischer Vielfalt in der Agrarlandschaft. Rückstände sind bei Menschen und Tieren sowie in Böden, Gewässern und zahlreichen Lebensmitteln nachweisbar.

Nachdem die WHO und wissenschaftliche Studien auf EU-Ebene das Herbizid Glyphosat als „wahrscheinlich krebserzeugend“ eingestuft haben, haben Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen mit Erlassen gegen die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für den Glyphosat-Einsatz auf Nichtkulturland reagiert. Thüringen geht dabei einen Schritt weiter und setzt sich im Bundesrat für bundesweite Anwendungsbeschränkungen, auch in der Landwirtschaft, ein. Mittlerweile haben 210 Kommunen in Deutsch-

land in Europa den Beschluss gefasst, auf Pestizide in gewissen Bereichen zu verzichten. Die Art und Weise der Pflege ihrer eigenen Flächen liegt im Handlungsspielraum der Kommunen. Zudem haben die meisten Bau- und Gartenmarktunternehmen Glyphosathaltige Produkte aus ihren Sortimenten gestrichen.

Auch Berlin muss jetzt aufwachen – deshalb haben wir Grüne in den Berliner Koalitionsvertrag folgende Passage auf Seite 163 verhandelt und durchgesetzt: Biologische Vielfalt aktivieren. Die Koalition entwickelt die Berliner Strategie der biologischen Vielfalt durch einen Maßnahmenplan mit Umsetzungszeitrahmen und notwendiger finanzieller Unterbreitung weiter und dokumentiert die Umsetzung. Nach dem Abschluss der Umsetzung der beiden EU-Richtlinien (Flora-Fauna-Habitat sowie Vogelschutz) zu Natura 2000 sind die zurückgestellten Ausweisungen von Schutzgebieten

abzuschließen und insgesamt 20% der Landesfläche als Landschaftsschutzgebiet zu sichern. Die Koalition setzt sich für die Bienenhaltung, den Schutz der Wildbienen und anderer Bestäuber ein. Die Koalition macht Berlin zu einer pestizidfreien Kommune.

Mit dem Verzicht auf den Glyphosat-Einsatz hat die Berliner Stadtreinigung (BSR) im letzten Frühjahr den ersten Schritt gemacht. Aktuell wird in Berlin auf Pestizide verzichtet, mit besonderer Rücksicht auf Kinderspielflächen, Schulen und Kindergärten, Kleingärten und Forstwälder. Aber es gibt noch mehr zu tun. Deshalb arbeite ich aktuell an einem Antrag, der demnächst ins Abgeordnetenhaus eingebracht werden soll: Dieser wird folgende Schwerpunkte beinhalten:

1. Verzicht auf den Einsatz von synthetisch-chemischen Pflanzenschutzmitteln auf allen landeseigenen Flächen

2. Vollständiger Verzicht auf den Einsatz von Herbiziden (wie z. B. Glyphosat) auf allen Wegen und Plätzen im öffentlichen Raum

3. Mechanischen Verfahren soll der Vorrang vor chemischen Verfahren eingeräumt werden

4. Die Berliner*innen sollen zielgruppenorientiert über Pflanzenschutzmittel und Herbizide, deren Gefahren für die menschliche Gesundheit und die biologische Vielfalt sowie über Alternativen wie z. B. den biologischen Pflanzenschutz informiert werden

5. Der Handel soll verstärkt auf die Einhaltung der Verkaufsbeschränkungen von solchen Pflanzenschutzmitteln und Herbiziden kontrolliert werden

Wir Grüne wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren Tellern. Deshalb fordern wir ein landesweites Verbot von Glyphosat und anderen giftigen Pflanzenschutzmitteln. Und wer nun befürchtet, wir würden Berlin zuwuchern lassen wollen, den kann ich beruhigen. Es gibt eine ganze Reihe alternativer Bekämpfungsmöglichkeiten von Wildkräutern: von Kehrmaschinen über Mähgeräte bis hin zu Heißwasser-, Dampf- und Infrarotgeräten. Die Berliner*innen müssen über die Gefahren von Pestiziden mit umfassender Öffentlichkeitsarbeit aufgeklärt und in die Konzeptumsetzung mit einbezogen werden. Außerdem muss daraufhin gewirkt werden, dass der Handel die Verkaufsbeschränkungen von Pestiziden ernstnimmt.

Egal ob in der Stadt oder auf dem Land: Unsere Gesellschaft muss etwas tun, wenn wir unseren Kindern nicht nur von Bienen und Schmetterlingen erzählen wollen, sondern sie gemeinsam in unserer Natur entdecken wollen.

■ Dr. Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Gute Pflege geht uns alle an

Zentrale Probleme des Pflegeberufs müssen zum Tag der Arbeit endlich angegangen werden.

Gute Pflege geht uns alle etwas an. Jeder wird – oder ist schon einmal – mit Pflege in Berührung gekommen. In allen Phasen des Lebens kann der Mensch pflegerischer Unterstützung bedürfen – bei der Geburt, einer Operation, im Alter oder im Sterben. „Pflege“ ist ein weitreichender Begriff, welcher sich in unterschiedlichsten Arbeitsfeldern niederschlägt (Altenpflege, Kinderkrankenpflege und Krankenpflege). Dabei müssen professionell Pflegenden bestimmte Anforderungen in ihrem beruflichen Alltag leisten, das heißt sie müssen behandeln, entscheiden, zuhören und beraten, aber oftmals auch den Alltag der zu Pflegenden koordinieren.

Viel zu lange weggeduckt

Das Thema Pflege ist in den Medien seit dem letzten September sehr präsent. Fehlende Fachkräfte in der Pflege, schlechte Arbeits- und Rahmenbedingungen und miserable Bezahlung sind einige von vielen Gründen für den Pflegenotstand. Das Problem des Fachkräftemangels und die schlechten Bedingungen sind aber schon viel länger bekannt. Bereits 2005 fehlten in Deutschland circa 39.000 Pflegefachkräfte (Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, 2010).

Nach letzten Berechnungen werden uns im Jahr 2030 ca. 210.000 Pflegefachkräfte fehlen. Zurückzuführen ist

das einerseits auf eine steigende Anzahl von pflegebedürftigen Menschen durch den demografischen Wandel und andererseits einen Rückgang an Pflegenden. Die Arbeitsbedingungen, wie Schichtarbeit an Wochenenden und Feiertagen sowie kurzfristiges Einspringen im Dienst, und eine zu hohe Anzahl an zu versorgenden Menschen sind ein Grund für Pflegekräfte, aus dem Beruf auszusteigen oder ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Der Pflegeberuf ist bekanntermaßen überwiegend weiblich. Die geringe Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele Frauen ein weiterer Grund auszusteigen.

Dass sich trotz dieser Situation die bisherigen Bundesregierungen viel zu lange weggeduckt haben und statt an den großen Stellschrauben zu drehen, nur kleinere Reförmchen auf den Weg gebracht haben, ist ein Skandal. Von einem Bundesgesundheitsminister Spahn ist an dieser Stelle wohl erst recht nichts zu erwarten.

Der Pflegenotstand ist hausgemacht

Der Personalschlüssel von Pflegenden im Krankenhaus ist international einer der schlechtesten. Hierzulande versorgt eine Pflegefachkraft im Schnitt zehn bis elf Patient*innen; in Norwegen, den Niederlanden oder der Schweiz sind es nur vier bis sechs Patient*innen (RN4CAST Studie

2011). Dazu kommt der Schichtdienst: 77% der Pflegenden arbeiten in Schichten, 50% in Nacharbeit und mehr als 90% an Sonn- und Feiertagen. Weiterhin leisten ca. 68% der Pflegenden körperlich schwerste Arbeit (im Vergleich dazu sind es 54% bei den Bauarbeiter*innen), es ist deshalb kaum verwunderlich, dass die Verweildauer in der Altenpflege bei nur 8,4 Jahren und in der Krankenpflege bei 7,5 Jahren liegt (DBfK 2015).

Hinzu kommt die schlechte Bezahlung der Pflegenden im Allgemeinen und eine Benachteiligung der Altenpflege in Bezug auf das Gehalt im Besonderen. Denn Altenpfleger*innen verdienen deutlich weniger als ihre Kolleg*innen aus der Krankenpflege und nur geringfügig mehr als Helfer*innen der Krankenpflege. Außerdem variiert der Verdienst der Pflegeberufe stark zwischen den einzelnen Bundesländern in Deutschland.

Der Pflegeberuf hat ein schlechtes Image, vor allem bei Schulabgänger*innen. Laut einer Studie des Instituts für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen konnten sich nur knapp zwei Prozent der Schüler*innen und circa 10 Prozent der Schüler*innen auf einer allgemeinbildenden Schule vorstellen, den Pflegeberuf zu erlernen.

In der ambulanten Krankenpflege gibt es keine Tarifverträge. Gespräche zwischen der Gewerkschaft Ver.di

und den Arbeitgeberverbänden der Anbieter der ambulanten Pflege sind gescheitert, weil die Kostenträger – AOK, IKK BB, VDEK und die BKK's – es schlichtweg abgelehnt haben, die höheren Kosten durch einen Tarifvertrag auszugleichen. Da es keinen Wettbewerb unter den Kostenträgern gibt, ist es für die Anbieter der ambulanten Pflege fast unmöglich, leistungsgerechte Preise zu vereinbaren. Deshalb gibt es hier eine wesentlich größere Personalnot durch die zunehmende Privatisierung der Gesundheitsbranche und damit auch der Kliniken, Pflegeheime und ambulanten Pflegedienste. Aber Pflege darf keine Ware am Kapitalmarkt, sondern sollte ausschließlich dem Menschen verpflichtet sein. Der Pflegeberuf muss durch steigende und gleiche Löhne innerhalb der gesamten Branche wieder attraktiver gemacht werden. Und der Weg muss weg von der Privatisierung hin zur Kommunalisierung führen.

Weg vom Shareholder Value, hin zur echten Gemeinwohlorientierung

Darüber hinaus braucht es vielfältige Maßnahmen, um wieder mehr Personal für den Pflegeberuf zu gewinnen. Angefangen damit, dass die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die Arbeit in Vollzeit wieder attraktiver wird und durch

bessere Bedingungen auch die Ausbildungskapazität deutlich erhöht wird.

Wir brauchen ein durchlässiges System mit einem niedrigschwelligen Einstieg bis hin zum Studium – für jede und jeden muss die Möglichkeit des beruflichen Zugangs gegeben sein. Gerade Menschen, die keine gradlinigen Berufsverläufe vorweisen, brauchen diese Zugänge, ebenso wie Frauen beispielsweise nach der Familienphase.

Diejenigen, die dem Beruf den Rücken gekehrt haben, müssen dazu motiviert werden, in ihren Beruf zurückzukehren. Nur durch mehr und gut bezahltes Personal und ein Umdenken bei den derzeitigen Arbeitszeitmodellen können sich die Rahmenbedingungen in den Pflegeberufen ändern. Wenn dies passiert, wollen auch mehr Menschen diesen Beruf erlernen und wir wären einer menschenwürdigen Versorgung wieder ein Stückchen nähergekommen.

Ich lade herzlich zu unserem Grünen Fachgespräch am 9. Mai ein: Neue Wege in die Ausbildung? Von Pflegehelfer*innen bis zu akademisch qualifizierten Pflegefachkräften – Wie sorgen wir für ein durchlässiges und qualifizierendes System? Bitte anmelden unter buero3.topac@gruene-fraktion-berlin.de.

■ Fatos Topac,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Marielle, Presente

Ein ehemaliger Präsident wird verurteilt trotz fehlender Beweise. Eine Menschenrechtsaktivistin wird ermordet. In Rio de Janeiro haben die Milizen das Sagen. Brasilien erlebt das dunkelste Kapitel seiner jüngsten Geschichte seit dem Militärputsch von 1964.

Die noch junge Demokratie in Brasilien hat in den letzten Jahren herbe Rückschläge erleiden müssen. Das Amtsenthebungsverfahren gegen die damalige Präsidentin Dilma Rousseff stürzte das Land in eine tiefe Krise.

Schon ein Jahr nach der Wiederwahl 2014 erodierte zunehmend die Macht von Rousseff, die sich von ihrem Mentor, dem ehemaligen Gewerkschaftsführer und späteren Staatspräsidenten Lula nie emanzipiert hat. Das wurde ihr zum Verhängnis.

Seitdem zeigen sich Kammer und Senat als Supermarkt der Kräfte, je nach Schwarzgeldangebot. Der jetzige Präsident Temer, mit gerade mal 5% Zustimmung für seine Regierung, versprach den Brasilianer*innen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Justiz verlor ihre Neutralität, Temer besetzte das höchste Gericht nach seinem Gusto.

Lula und ein politisch motivierter Prozess

Dem ehemaligen Vorsitzenden der Arbeiterpartei wird u. a. vorgeworfen, von der Baufirma OAS, als Gegenleistung für lukrative Aufträge, ein Luxusapartment an der Küste von Sao Paulo erhalten zu haben. Lula bestreitet vehement, dass ihm die Immobilie je gehört habe. Es fehlen eindeutige Beweise. Trotzdem wurde er vom Bundesgericht verurteilt, dessen Vorsitzender ist ein erklärter Lula-Gegner ist. Der Druck der Regierung hat die Richter offensichtlich nicht kalt gelassen. Der 72-jährige ist mittlerweile in Haft, obwohl seine Berufungen noch laufen.



Die Aktivistin Marielle Franco bei einer Kundgebung

Foto: Midia Ninja

Die bekennende Lesbe und Aktivistin für die Rechte von Schwarzen Menschen und People of Color (PoC) Marielle Franco wiederum war ein Kind aus der Favela. Sie hat ein Verwaltungsstudium abgeschlossen, wurde Landesabgeordnete von Rio de Janeiro mit dem fünftbesten Ergebnis und Stadträtin.

Am 28. Februar wurde das Mitglied der Linkspartei PSOL beauftragt, die Militärintervention in Rio de Janeiro zu begleiten und dem Parlament darüber zu berichten. Am 10. März übte sie

Kritik an der Intervention der Militärs wegen der massenhaften Erschießung von Schwarzen Menschen und People of Color (PoC) in den Favelas.

Mutige Stimme zum Schweigen gebracht

Sie fragte öffentlich „Wie viele müssen noch sterben?“ Am 14. März traf sie sich in der Einrichtung „Haus der schwarzen Frauen“, um über Rassismus zu diskutieren.

Anschließend bestieg sie mit ihrer Pressesprecherin ihren Dienstwagen. Ca. 10 Minuten nach der Abfahrt wurden sie und ihr Fahrer mit mehreren Schüssen aus nächster Nähe exekutiert. Die Analyse der Ballistik ergab, dass die Munition dieselbe war, wie sie die Bundespolizei verwendet. Der Mord ist noch immer nicht aufgeklärt. Mittlerweile ist auch ein Assistent eines Abgeordneten, der in den Mordfall verwickelt sein könnte, in seinem Auto erschossen worden, und die ehemalige Presse-

sprecherin von Marielle hat das Land verlassen.

Der Mord an Marielle hat umgehend landesweite Proteste ausgelöst. Auch in mehreren europäischen Städten (u. a. Berlin), sowie im Europäischen Parlament wurde Marielle gedacht.

Ihr Tod hinterlässt eine immense Lücke in der zivilen Gesellschaft und mit ihr ist eine weitere unbequeme Stimme verstummt. Sie hinterlässt Ohnmacht und Wut aber auch die Verpflichtung, weiter die Stimme zu erheben. Der Banner „Marielle, Presente“ („Marielle, anwesend“) ging um die Welt.

Militärs und Milizen haben freie Bahn

Aufgrund der alarmierenden Sicherheitslage hat die Bundesregierung die Militärs nach Rio beordert. Die lokale Polizei war mit der Situation überfordert. Mit der Entscheidung der Regierung, hat der Präsident Temer den Militärs einen Blankoscheck ausgestellt, um über Ordnung und Gesetz selbst zu entscheiden.

Es ist dunkel in Brasilien. Selbst wenn die Zivilgesellschaft in diesem Wahljahr noch aufwacht und Kräfte bündelt, werden noch Jahre notwendig sein, um die Rückschläge aufzuarbeiten.

■ Fátima Lacerda

Solidarität muss Praxis werden

Könnte das Konzept der „Sanctuary City“, bislang in den USA beheimatet, ein Modell für Städte in der Bundesrepublik und insbesondere Berlin sein? Der Kreisverband von Bündnis 90 / Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg will dies nun diskutieren.

Im August letzten Jahres unterscrib Bruce Rauner, Gouverneur von Illinois, ein Gesetz, welches der Polizei des U.S. Bundesstaates offiziell die Kooperation mit den Einwanderungsbehörden untersagt. Auch dürfen Polizei und lokale Behörden aufgrund des „TRUST Act“ bei Personenkontrollen nun nicht mehr nach dem Aufenthaltsstatus fragen. Es ist ein Gesetz vor allem zum Schutz der ca. 500.000 Menschen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus im Bundesstaat leben. Damit wurde Illinois Teil eines Netzwerks sogenannter „Sanctuary“ Staaten, Kommunen und Städte in Mittel- und Nordamerika, aber auch in Europa, welche legale, behördliche Maßnahmen zum Schutz ihrer durch Bundesgesetze illegalisierten Bewohner*innen ergriffen haben. Je nach lokaler Gesetzeslage sehen diese Maßnahmen anders aus. So vergeben etwa San Francisco (seit 2007) oder die Stadt New York (seit 2015) einen kommunalen Personalausweis, der unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen legalen Zugang zu Behörden, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen ermöglicht.

Stadt der Zuflucht

In Deutschland ist das Konzept der „Sanctuary City“ (Stadt der Zuflucht) noch eher unbekannt. Dabei hätte es großes Potential zu einem Beitrag für eine menschenwürdige und antirassistische Migrationspolitik. Deutsche

Städte und Kommunen können zum Beispiel die teilweise Aussetzung von Abschiebungen („Senatorenregelung“ in Hamburg) oder die Unterstützung beim Familiennachzug von Geflüchteten (Kampagne „50ausldomeni“ in Osnabrück) anordnen. Sogar humanitären Visa von kommunalen Ausländerbehörden (nach §22 Abs.1



Sanctuary Cities Foto: truepundit.com

AufenthG bereits heute möglich) können verliehen werden. Für eine erfolgreiche Übersetzung des Konzeptes „Sanctuary City“ gilt es, legale Spielräume auszuloten und wenn möglich zu erweitern. Diese Maßnahmen sind zum Teil rechtliches Neuland, sodass juristische Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Verwaltungsebenen zu erwarten sind. Zugleich bieten sie aber auch die Gelegenheit, den Fokus der derzeitigen Debatte um Migration auf die Inhalte zu lenken, die für „illegal“ oder mit prekärer Status in Deutschland le-

bende Menschen entscheidend sind: Gleiche Bürger*innenrechte, Schutz vor Verfolgung im „Herkunftsland“ und in Deutschland sowie das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Zugang zu öffentlicher Infrastruktur.

Eine kommunale Alternative

Dass „Sanctuary Cities“ so zentrale Politikbereiche wie Bürger*innenrechte und Migration auf der lokalen Verwaltungsebene statt auf Bundesebene verhandeln, kann ohne Frage als Krise progressiver Politik auf Bundesebene verstanden werden. Der bewusst lokale Bezugspunkt bietet die Chance nationalistische Ressentiments z.B. der AfD rechts liegen zu lassen und stattdessen konkrete Solidarität mit den eigenen Nachbar*innen zu fördern. Frei nach Angela Merkel: „Berliner*in ist jede, die in Berlin lebt!“. Eine grüne „Stadt der Solidarität“, oder ein grüner „Bezirk der Zuflucht“ müssten allerdings mehr umfassen als eine symbolische Selbstbezeichnung.

Sie müsste eine konkrete und selbstbewusst formulierte Alternative gegenüber der Politik der Bundesregierung, ihrem Heimatministerium, aber auch jenen sein, die dem Wahlerfolg der AfD die Übernahme ihrer falschen Argumente entgegensetzen wollen.

■ Konrad Wolf

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142

Kreisgeschäftsführerin: Marion Holzapfel

Bürozeiten:

Mo 9-12, Di 15-18, Fr 12-15 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin

E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de

Fon: 2325 2401 – Fax: 2325 2409

Turgut Altug, direkt gewählt |

Fon: 2325 2430

Marianna Burkert-Eulitz, direkt gewählt |

Fon: 2325 2461

Antje Kapek | Fon: 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |

Fon: 2325 2474

Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446

Fatoş Topaç | Fon 2325 2427

Daniel Wesener | Fon 2325 2421

Geschäftsführender Ausschuss

Nikolas Becker, Anne Burckhardt-Schön,
Vasili Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt,
Theo Ioannidis, Alexandra Neubert,
Silvia Rothmund Joana Zühlke

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Fraktion im Bezirksparlament

Yorkstraße 4-11 – 10965
fraktion-xhain@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion

Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930

Fraktionsassistentin: Britta Byszio

Bürozeiten:

Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:

Annika Gerold, Sarah Jermutus, Julian Schwarze, Andreas Weeger, Deniz Yildirim

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75

Treffen: montags ab 19 Uhr

Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek

und Daniel Wesener | Dein grünes Büro

Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin

Di 10-15, Mi und Do 11-16 Uhr

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger

und Dr. Stefan Taschner

Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin

Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr

Fon: 2362 9300

Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost

www.bayram-gruene.de

Parlamentsbüro:

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

canan.bayram@bundestag.de

Fon: 22 77 81 44 – Fax: 22 77 01 43

Wahlkreisbüro:

canan.bayram@wk.bundestag.de

Kreuzberg:

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin

Fon: 61 65 69 61

Friedrichshain:

Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin

Fon: 46 79 35 30

Mein erster Bundestag

Canan Bayram im Gespräch

Stachel: Du bist nun als direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete im Deutschen Bundestag. Wie fühlst Du Dich als Neue?

Canan Bayram: Seit der Wahl sind nun schon einige Monate vergangen, in denen wir ja keineswegs tatenlos rumgesessen und auf eine neue Regierung gewartet haben. Nach mehreren Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus ist mir der parlamentarische Betrieb nicht fremd. Und im Prinzip ist im Bundestag alles einfach nur deutlich größer.

Die Themen sind dann aber auch eine Nummer größer?

Ja, die Dimensionen und Zusammenhänge, in denen sie diskutiert oder behandelt werden. Aber genau darum geht es mir ja. Ich habe lange überlegt, ob ich mich um die Nachfolge von Hans-Christian Ströbele bewerbe. Und damit das Abgeordnetenhaus in einem Moment zu verlassen, wo wir nicht mehr nur in der Opposition sind, sondern mit regieren und gestalten können. Andererseits hatte ich immer häufiger das Gefühl, nicht weiterzukommen, weil - um nur einige Beispiele zu nennen, etwa

im Mietrecht und Milieuschutz, bei den Themen Einwanderung und Migration, Bürger*innenrechte - der Rahmen durch die Gesetzgebung des Bundes abgesteckt wird. Und es reizt mich sehr, dies mitgestalten bzw. verändern zu können. Und ich bin ja nicht weg, sondern weiterhin ständig in meinem jetzt größeren Wahlkreis in ganz Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost unterwegs.

Aber lassen sich die spezifischen Probleme oder Eigenheiten von Friedrichshain-Kreuzberg, auf die gesamte Bundespolitik übertragen?

Bei vielen Fragen und Problemen ist Friedrichshain-Kreuzberg so etwas wie ein Seismograph, wo sich Veränderungen besonders früh und fokussiert zeigen. Etwa bei der Verdrängung von Einwohner*innen aus ihrem Lebensumfeld durch steigende Mieten, der Frage der Integration oder der Kommerzialisierung von öffentlichem Raum. Aber auch beim Widerstand dagegen, sei es durch zivilgesellschaftliche Initiativen oder durch Kommunalpolitiker wie unserem Baustadtrat Florian Schmidt, der versucht, Mieter*innen und Gewerbetreibende vor Verdrängung zu schützen.

Kommst Du deshalb auch als Bundestagsabgeordnete immer noch regelmäßig zu den Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung?

Ich sehe das als Möglichkeit in komprimierter Form mitzubekommen, was hier im Bezirk los ist. Außerdem ergibt sich dann oft auch die Gelegenheit, mit Betroffenen direkt ins Gespräch zu kommen. Mit der wärmeren Jahreszeit werde ich neben den Kiezsprechstunden auch wieder regelmäßig auf der Straße mit Ständen präsent sein und mir so von den Menschen hier, die ich ja als Abgeordnete vertrete, meine Aufträge für meine Arbeit im Bundestag abzuholen.

Wie sieht die denn konkret aus? Inzwischen haben sich ja die Ausschüsse konstituiert. In welchen Ausschüssen bist Du?

Ich bin Mitglied im Rechtsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Innen- und Verteidigungsausschuss. Darüber hinaus dann auch stellvertretende Koordinatorin für den Arbeitskreis Inneres und Recht unserer Fraktion, wo letztlich alles besprochen und entschieden wird, was diese Themen berührt.

Welche Schwerpunkte wirst Du dort setzen?

An vorderer Stelle steht für mich das Mietrecht, da ich es für eines der dringendsten Probleme halte und dies nicht nur hier in Friedrichshain-Kreuzberg oder Berlin. Es besteht in vielen Gebieten Deutschlands, insbesondere in den Städten und Metropolen, ein Zusammenhang zwischen hohen Mieten und Armut. Die sogenannte Mietpreisbremse bremst bislang gar nichts und ist ein zahnloser Papiertiger. Und die Kommunen selbst sind weitgehend machtlos, da Mietrecht Bundesrecht ist.

Aber Du und die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen seid nicht an der Regierung beteiligt, ihr seid die kleinste Oppositionspartei im Bundestag ...

Nun, wir waren fast immer in der Opposition, aber trotzdem ist es uns bei vielen Themen gelungen, und zwar gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteur*innen, Veränderungen herbeizuführen, weil die Regierenden einfach nicht mehr wegschauen konnten. Oder sich die gesellschaftliche Stimmung durch den

kontinuierliche Auseinandersetzung verändert hatte, etwa beim Atomausstieg, der Anerkennung von Minderheitenrechten, Rechten von Frauen ...

Das sind aber teilweise doch eher sogenannte „weiche Themen“, die den Besitzenden letztlich nichts wegnehmen und die Macht des Kapitals oder die Vorherrschaft neoliberalen Denkens nicht in Frage gestellt haben.

Auch bei den „harten Themen“ geht es zuerst um die Hegemonie eines bestimmten Diskurses, und den Glauben an die allumfassende Weisheit des Marktes. Dem gilt es entgegenzutreten, um konkrete Veränderungen zu erreichen. Als ich beispiels-

auchgemeinnützige Einrichtungen und Initiativen, Orte für Kunst und Kultur, Kitas, Werkhöfe, Wohngemeinschaften für ältere oder demente Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Beratungsangebote, etc..

Welche weiteren Themen hast Du außer Mieten und Wohnen?

Ich sehe es als eine dringende Aufgabe an, die Einwanderungsgesellschaft weiterentwickeln und zu einem neuen Wir zu kommen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält. Nicht nur durch die digitale Transformation verändert sich unsere Lebenswirklichkeit entscheidend und entspre-

engiere ich mich entschieden gegen Rüstungsexporte und für den sofortigen Stopp aller Rüstungsgeschäfte mit der Türkei.

Gibt es schon konkrete Initiativen, an denen Du beteiligt bist?

Bislang habe ich vor allem von meinem Fragerecht als Abgeordnete Gebrauch gemacht und fleißig mündliche und schriftliche Anfragen gestellt. Dabei geht es ja nicht nur darum, Informationen zu bekommen, sondern auch Versäumnisse und Ignoranz der Regierenden offen zu legen. Aktuell greifen wir einem Gesetzentwurf zur Entkriminalisierung des Schwarzfahrens die Initiative des grünen Berliner Justizsenators Dirk Behrendt auf.

Ich bin eine von drei der Sprecher*innen der grünen parlamentarischen Linken. Ich habe mir vorgenommen, den linken Flügel innerhalb von Partei und Fraktion zu stärken. In der Fraktion sind wir ca. 30 der 67 grünen Abgeordnete*en.

Zuletzt noch zur AfD im Bundestag. In deiner ersten Rede im Plenum des Bundestages bist du ja direkt in die Auseinandersetzung mit denen gegangen.

Da sind die selber dran schuld. Das war am 21. Februar in einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der AfD unter dem Titel „Demonstrationsrechte von Frauen stärken“, wo die sich darüber ausheulen wollten, dass sie mit ihrem sogenannten „Frauenmarsch“ nicht weit gekommen sind. Und da ich dabei war gemeinsam mit vielen anderen Menschen, insbesondere Frauen aus Kreuzberg, wollte ich verhindern, dass die mit ihrem Marsch die Themen Gewalt gegen Frauen und Sexismus für ihre Propaganda gegen Geflüchtete und Migrant*innen unwidersprochen missbrauchen. Typischerweise war es natürlich ein Mann, Karsten Hilse, der da für die AfD-Fraktion gesprochen beziehungsweise gejammert hat. Wir können es nicht den AfD-Männern überlassen, über Frauenrechte zu reden. Wir waren rund 2.000 Menschen dort. Und die haben ganz klar gesagt: „Nicht in unserem Namen!“

Da habe ich gefragt: Wie wollen Sie Frauenrechte verteidigen, wenn Sie noch nicht einmal Menschenrechte akzeptieren!

Stachel: Gutes Schlusswort. Danke Dir für dieses Interview.

Das Gespräch führte Werner Heck



Canan sagt Danke

Foto: Christoph Willinger

weise das erste Mal von Enteignung gesprochen habe, gab es selbst in Teilen unserer Partei einen Riesenaufschrei. Das ist noch gar nicht so lange her und wurde als Wahlkampfgetöse einer linken Einzelkämpferin abgetan. Im Februar war ich dann beim bundesweiten Netzwerk Mieten & Wohnen. Die spannende Konferenz eröffnete Laura Weissmüller, Architektur-Kritikerin der Süddeutschen Zeitung, mit einem brillanten Vortrag und stellte wie selbstverständlich die Eigentumsfrage. Inzwischen stellen viele in unserer Partei, von denen man es vor wenigen Monaten noch nicht gedacht hätte, die Gerechtigkeitsfrage und reden von Umverteilung bis hin zu klarer Kapitalismuskritik.

Und wie möchtest Du diese grundsätzlichen Fragen angehen?

Öffentliche Grundstücke dürfen künftig nur noch im Erbbaurecht vergeben werden und zwar in einem Verfahren, das den Käufer verpflichtet, dort im Sinne des Allgemeinwohls zu bauen. Außerdem muss die öffentliche Hand aktiv Bodenpolitik betreiben, also wieder Grundstücke und Häuser kaufen wie beim Vorkaufrecht, um damit lebenswerte Städte zu erhalten oder neu zu entwickeln.

Und endlich auch mal an das Gewerbetreibendrecht heranzugehen, wo es dergleichen bislang überhaupt nicht gibt. Denn Wohnen allein macht das Leben im Kiez nicht lebenswert. Und Gewerbe, das ist eben nicht nur die Kneipe nebenan, sondern das sind

chend muß auch die Gesetzgebung darauf reagieren und den neuen Gegebenheiten und Möglichkeiten angepasst werden. Und im Verteidigungsausschuss werde ich die Arbeit von Christian Ströbele fortführen und habe wie mein Vorgänger die Verlängerung der Bundestagsmandate für den Bundeswehreinsetzung in Syrien, Irak und Afghanistan abgelehnt. Weiter

Und sonst noch so? | Eine Kolumne



Bürger*innenprotest in der BVV

Für den B.Z.-Kolumnisten Schupelius ist „die Demokratie in Gefahr“, der Fraktionsvorsitzende der CDU, Timur Husein, fordert die Räumung des BVV-Saals und will gerne selbst halb Xhain kaufen und die FDP spricht von „der Erstürmung eines Parlaments“.

Was war passiert? Am 21. März 2018 fand ein ca. halbstündiger Bürger*innenprotest verschiedener Initiativen gegen Gentrifizierung und den Ausverkauf des Bezirks während der Bezirksverordnetenversammlung statt. Die Sitzung musste für diesen Zeitraum unterbrochen werden.

Nun kann man vielleicht kritisieren, dass die Aktivist*innen mit ihrem kreativen Schauspiel eine gerade stattfindende Debatte zu einer Resolution gegen Rassismus störten. Andererseits wurde die Debatte im Anschluss fortgesetzt und die Resolution verabschiedet.

Eigentlich müsste man ja eher Verständnis für das Anliegen der Protestierenden haben, denn gerade in Xhain wehrt sich der Bezirk u.a. mit der Ausübung des gesetzlichen Vorkaufrechts inzwischen regelmäßig gegen spekulative Verkäufe von Wohnhäusern. Jedenfalls hat dieser Vorfall nicht zum Untergang der Demokratie geführt und die nächste Bezirksverordnetenversammlung wird wie geplant und wie immer durchgeführt. Nicht zu vergessen, Herr Schupelius hatte seine Schlagzeile und Herr Husein seinen Spaß. Wir Grüne sollten es am Besten mit den Worten eines geschätzten Kollegen halten: „Ich sehe es als unsere vornehmste Aufgabe, zuzuhören und zu antworten, durch Rede oder Handeln, wenn Menschen aus unserem Bezirk mit Anliegen an uns herantreten.“

Also, macht euch locker. Ist halt Xhain und nicht Wilmsdorf.



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)
Katrin Schmidtberger
Maxi Hoffmann
Christian Köneke (ck)
Werner Heck (wh)

Freie Mitarbeiter*innen:

Laura Eckl
Rebecca Eilfort
Tizia Labahn
Astrid Lamm
Anja Mallmann
Uta Schütz-Jalloh
Claudia Schulte
Wilma Seipt
Marc Tschechne

Fotos Inhaltsleiste Seite 1:

ck (4)
pexelio (1)

Kontakt zur Redaktion:

stachel@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz:

Jörn Jaath

Auflage:

5.000

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Mut zu Kontrolle

50 Jahre warten wir schon auf eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle

Vor fünfzig Jahren war die 68er Bewegung in vollem Schwung. Der Tod Benno Ohnesorgs durch den Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras war dabei ein Hauptauslöser. Die Berliner Polizei vertuschte Indizien für einen Mord, vor Gericht wurden Zeugen nicht angehört und letztendlich sprachen zwei Instanzen Kurras frei. Studierende forderten als Konsequenz einen unabhängigen Ermittlungsausschuss. Diese Forderung wurde bis heute nicht umgesetzt. Viele Ziele der Studentenbewegung, wie die Entnazifizierung oder die sexuelle Selbstbestimmung werden seitdem immerzu weiter diskutiert. Zu Recht. Ein Punkt wird jedoch kaum behandelt: die Errichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle.

Momentan muss polizeiliches Fehlverhalten bei der Polizei gemeldet und auch von der Polizei untersucht werden. Das führt zwangsläufig zu Parteilichkeit. Immer wieder mussten wir feststellen, dass Beweismittel verschwinden und Ermittlungen verfrüht eingestellt werden. Der Verbrennungstod Oury Jallohs in einer Zelle in Dessau ist ein bekanntes Beispiel. Dass Polizist*innen unparteiisch gegen Kolleg*innen ermitteln, ist schwer vorstellbar, vor allem da in dem Berufsfeld Korpsgeist besonders hochgehalten wird. Zudem kann man von Opfern polizeilichen Fehlverhaltens oder gar Polizeigewalt kaum erwarten, dass sie zur Polizei gehen, um Anzeige zu erstatten. Meist haben sie bis dahin Misstrauen oder Angst gegenüber der Institution entwickelt und scheuen sich vor einer Anzeige. Das führt zu einer großen Dunkelziffer. Wie viele solcher Fälle es in Berlin gibt, kann man unschwer in der Chronik der KOP (Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt) erkennen. Die polizeiliche Kriminalstatistik stützt die Vermutung einer hohen Dunkelziffer: Sie betrachtet



Berliner Polizei am 1. Mai

Foto: Tim Lüddemann

nur die Straftat „Körperverletzung im Amt“ und unterscheidet nicht zwischen den verschiedenen Amtsträgern. Polizist*innen werden dabei explizit nicht hervorgehoben. Es besteht kein Zweifel, dass viele Polizist*innen ihren wichtigen und schweren Beruf tadellos ausüben. Zuerst sind sie jedoch Bürger*innen, die auch Fehler machen. Dies gilt umso mehr, als sie täglich mit Gewalt konfrontiert werden und deshalb die Grenze zwischen richtig und falsch schwerer ziehen können.

Unparteiisch ermitteln

Eine unabhängige Beschwerdestelle könnte diese Fehler lückenlos aufklären und die genannten Probleme angehen. Sie kann unabhängig von

Polizei und alltäglichem Politikgeschehen unparteiisch ermitteln, den Opfern die Möglichkeit geben, Anzeige zu erstatten und so das Vertrauen in die Exekutive stärken. Außerdem würde sie ihre Arbeit öffentlich machen können und unbefangene über den Zustand der Polizei aufklären, auch um Skandalen wie der Schießstandsaffäre, die mehrere Polizist*innen vergiftet zurückließ, vorzubeugen. Zudem würde sie beurteilen können, was Polizist*innen brauchen, um mit Gewalt und Beleidigungen umzugehen ohne selbst gewalttätig oder beleidigend zu werden. In den vielen Ländern, die eine unabhängige Stelle eingerichtet haben, wie z.B. die Unabhängige Polizeibeschwerdekommision (Independent Police Complaints Commission/IPCC) in Großbritannien, war das erfolgreich:

Die IPCC hat fast 900 Mitarbeiter, ihre Mitglieder werden vom Innenministerium ernannt. So kann sie Ermittlungen unparteiisch durchführen, wenn sie hierfür Notwendigkeit sieht. Dass dies zu einem Generalverdacht führe, wie Kritiker solcher Stellen anmerken, kann dort nicht festgestellt werden. Generalverdacht war auch ein Hauptargument gegen die 2011 eingeführte Kennzeichnungspflicht. Heute entkräftet die Pressestelle der Berliner Polizei das: Die Kennzeichnungspflicht „hat sich in den zurückliegenden Jahren bewährt.“ Es hat „keine Auffälligkeiten im Anzeigenverhalten gegeben.“

„In Berlin ist sowohl traditionell durch die vielfältige Bevölkerungsstruktur, als auch wegen ihrer Rolle als Hauptstadtfunction das Thema innere Sicherheit von großer Be-

deutung“, erklärt Oliver von Dobrowolski, 1. Vorsitzender des Vereins PolizeiGrün. In diesem Sinne entschied die rot-rotgrüne Koalition in Berlin, eine neue Stelle für eine*n Bürger- und Polizeibeauftragte*n wie in Rheinland-Pfalz einzurichten. Diese soll sich jedoch nicht nur mit Fehlverhalten von Berliner Polizist*innen beschäftigen. Sie ist für die gesamte Berliner Verwaltung zuständig und damit zu groß und allumfassend, um tatsächlich effektiv arbeiten zu können. „Gründe gegen Vollzugsdefizite der Berliner Verwaltung anzugehen, trifft man alle zehn Meter in dieser Stadt. (...) Es fehlte der Mut eine geeignetere Instanz einzurichten“, so Oliver von Dobrowolski.

Mangelhafte Aufarbeitung

Schon viele Jahre wird von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder dem Institut für Menschenrechte eine unabhängige Beschwerdestelle in Deutschland gefordert. Das Menschenrechtskomitee der UNO hat schon drei Gutachten zu Menschenrechtsverletzungen von Angehörigen der Polizei und deren fehlende Aufarbeitung in Deutschland verfasst. Sie betont, dass eine unsachgemäße Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen selbst eine Menschenrechtsverletzung ist. Wir haben der 68er-Bewegung viel zu verdanken. 50 Jahre später müssten wir bereit sein, nicht nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu tun. Wir sollten es wagen, eine effektive Beschwerdestelle einzurichten, bei der wir das Vertrauen haben können, dass sie einen Tod wie den von Ohnesorg unparteiisch aufklärt.

Rebecca Eilfort

Ein Wochenlohn für die Miete

Ein Wochenlohn für die Miete ist ein altes Maß. Davon ist inzwischen die Lebensrealität vieler Menschen weit entfernt. Bis zur Hälfte des monatlichen Haushaltseinkommens muss heute in den Metropolen für die Wohnung ausgegeben werden.

Dieses Geld muss dann an anderen Stellen eingespart werden. Welche gesellschaftliche Sprengkraft die Fragen rund um die Miete inzwischen erreicht haben, zeigt sich daran, dass fast 200 zivilgesellschaftliche Initiativen zur großen Mieter*innen-Demonstration im April aufgerufen haben. Es sind eben nicht mehr die fünf üblichen Verdächtigen aus Kreuzberg, sondern auch Initiativen aus Spandau über Weißensee bis nach Zehlendorf. Es ist auch müßig, der Bundesregierung zum x-ten Male vorzuwerfen, was sie alles falsch macht. Die Antworten liegen auf dem Tisch und müssten nur umgesetzt werden.

Wirksame Mietpreisbremse

Bundespolitisch geht es primär um eine wirksame Mietpreisbremse. Sämtliche Ausnahmen für umfassende Modernisierung, möblierte Wohnungen und Neubauten könnten sofort abgeschafft werden. Und was würde passieren, wenn man die Weigerung von Vermieter*innen, die Vormiete zu benennen, als Straftat sieht? Dann drohen Sanktionen bis hin zu Gefängnis. Und gegen die persönlich oft nervenaufreibende individuelle Konfrontation zwischen Mieter*in und Vermieter*in hilft ein Verbandsklagerecht der Mietervereine. In Kommunen, bei denen die Mieten besonders durch die Decke schießen, könnte diesen auch gestattet werden, eine Obergrenze für Mieten einzuführen – dies war bis vor 50 Jahren völlig normal in der Bundesrepublik.

Es ist volkswirtschaftlicher Wahnsinn, wenn in drei Jahren die Miete um bis zu 15 Prozent erhöht werden kann, die jährliche Inflation aber nur maximal zwei Prozent beträgt. Das kann auch jedes Berliner Schulkind in der sechsten Klasse ausrechnen, dass da mindestens neun Prozent zu viel umverteilt werden. Die maximale Möglichkeit zur Mieterhöhung ohne Wohnwert-Verbesserung muss auf die Inflationsrate begrenzt werden. Dazu wäre nur eine kleine Änderung eines Satzes im Paragrafen 558 des Bürgerlichen Gesetzbuches notwendig.

Weiter bedarf es eines Mietspiegels, der wirklich alle Mieten abbildet und nicht nur die Neuverträge der letzten vier Jahre. Denn sonst wird damit die Dynamik des Marktes weiter befeuert. Auch die Modernisierungumlage kann man bis zu einer Neudiskussion um eine gerechte Lastenverteilung sowie eine wirklich gesellschaftlich sinnvolle Anwendung dieses Instruments aussetzen.

Neues Gewerbemietrecht

Doch auch beim Gewerbemietrecht brennt es. Mit jeder Tasse Kaffee, der selbst in Nebenstraßen immer teurer wird, bezahlt man nochmal die Umverteilung des gesellschaftlichen Einkommens in die Hände der Immobilienbesitzer durch Mieten mit. Dabei geht es inzwischen nicht mehr nur um die vielen kleinen Läden und Handwerksbetriebe, auch für Kitas und Einrichtungen wie betreutes Wohnen



Bedrohter Späti in der Oranienstraße

Foto: ck

und Pflegeeinrichtungen steigen die Mieten ins Unbezahlbare. Am Ende können nur noch Ketten die Mieten in den Innenstädten bezahlen.

Deswegen wird das rot-rot-grün regierte Land Berlin demnächst eine Initiative für ein neues Gewerbemietrecht über den Bundesrat auf den Weg bringen. Auch den angeblich so mittelstandsfreundlichen Parteien CDU und FDP steht es frei, sich dieser anzuschließen.

Für die Kommunen und Bezirke in den Großstädten geht es vor allem um die Ausweitung der Milieuschutzgebiete zum Schutz der Bevölkerung und ein umfassendes Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ohne Ausnahmen. Damit das formal gesetzlich vorhandene Vorkaufrecht nicht weiter ausgehebel-

werden kann, bedarf es finanzieller Fonds für den Kauf. Langfristig ist ein gemeinwohlorientierter Bestand von 50 Prozent der Wohnungen anzustreben. Um dieses Gemeingut im Besitz aller Bewohner*innen aufzubauen, bedarf es neuer Allianzen von städtischen und privaten gemeinwohlorientierten Akteuren. Selbstverwaltete Häuser und Stiftungsmodelle gehören dazu wie auch landeseigene Gesellschaften, die Ankäufe realisieren können. Dazu braucht es allerdings einen Verkehrswert, der sich an den realen wirtschaftlichen Begebenheiten orientiert und nicht an einem Spekulationspreis, der auf die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen setzt.

Konkret viel helfen könnten auch mit genügend Personal ausgestattete Wohnungsämter. So könnte man

börsennotierten Konzernen, deren Heizung immer wieder ausfällt, die Verfügung über das Haus entziehen. Auch jedes Auto, dessen Bremsen nicht funktionieren, wird stillgelegt.

Wohnen ist Daseins-Vorsorge

Langfristig steht die Entwicklung eines völlig neuen Miet- und Baurechts an, das Wohnen als Teil der Daseins-Vorsorge begreift und sich daher an den realen Kosten zur Bewirtschaftung eines Hauses orientieren kann. Wie bei Gas und Wasser. Warum sollte es nur bei den Roaming-Kosten für Handys und bei den Kreditkarten-Gebühren möglich sein, europaweit Preisgrenzen einzuführen? Weil davon eben auch die oberen zehn Prozent der Bevölkerung genervt sind!

Als ein gesellschaftlicher Orientierungspunkt könnte für jedes Quartier gelten, dass ein Haushalt nicht mehr als ein Viertel seines Einkommens für die Brutto-Warm-Miete ausgeben muss. Ein Wochenlohn für die monatliche Miete reicht.

Canan Bayram, Mitglied des Bundestages

Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Management